VBE

6/2012
Zeitschrift des
Verbandes Bildung und Erziehung
Rheinland-Pfalz
01. 06. 2012 / 63. Jahrgang

Rheinland-pfälzische Schule

Mehr Gerechtigkeit wa(a)gen.
Damit Lehrer nicht sitzen bleiben.

Gleiche Lehrerbesoldung als Verfassungsauftrag

- **GS-Zeugnisse: Das Beispiel Koblenz-Moselweiß**
- **Sicher im Netz**

Inhalt

Kommentar	2
wörtlich	3
Nachrichten	4
VBE bundesweit	7
Bildung in Rheinland-Pfalz	10
Recht	20
Bildung & Erziehung	22
Infos & Technik	24
Wir gratulieren	26
Aus den Kreisverbänden	27
Medien	29
Kurz vor Schluss	30
Zum Schluss	32

Impressum

01. Juni 2012, 63. Jahrgang

Herausgeber
Verband Bildung und Erziehung (VBE),
Landesverband Rheinland-Pfalz
Adam-Karrillon-Str. 62, 55118 Mainz
Telefon 0 61 31 - 61 64 22, Telefax: 61 64 25
info@vbe-rp.de

Redaktion
Martin Monjour *mm*
(verantwortlicher Schriftleiter)
Alemannenstraße 19a, 56072 Koblenz
Telefon: 02 61- 5 79 38 83, Telefax: 8 76 75 82
rps@vbe-rp.de

Hjalmar Brandt *br*
Adam-Karrillon-Straße 62, D-55118 Mainz
Telefon: 0 61 31 / 61 64 22, Telefax: 61 64 25
h.brandt@vbe-rp.de

Fotos
Typoly (Titel, 11, 12); M. Keller (16, 17);
paulepei/pixelio (32); br; Archiv

Die rps erscheint elfmal im Jahr.
Für VBE-Mitglieder ist der Bezugspreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Nichtmitglieder bestellen beim Verlag zum Preis von 4,80 Euro vierteljährlich einschließlich Vermittlungsgebühren.

Redaktionsschluss
11.06.2012 für Heft 07-08/2012. Den Inhalt namentlich gezeichneter Artikel verantworten deren Verfasser.

Nachdruck ist nur mit Zustimmung der Redaktion und Quellenangabe zulässig. Für unverlangt eingesandte Manuskripte besteht keine Gewähr.

Gesamtherstellung, Anzeigenverwaltung
Gebrüder Wilke GmbH, Druckerei und Verlag
Oberallener Weg 1, 59069 Hamm
E-Mail: info@wilke-gmbh.de

ISSN: 1869 3717

Die nächste RpS erscheint am 25.06.2012.

Delegiertenversammlung 2012 – Bilanz und Perspektiven

Von Josef Ambrosius, VBE-Ehrenvorsitzender

Am 1. und 2. Juni 2012 treffen sich die Vertreter/-innen der VBE-Leitungsgremien und der VBE-Kreisverbände zu ihrer alle 5 Jahre stattfindenden Delegiertenversammlung in Mainz. Die Delegiertenversammlung hat als oberstes Organ des Verbandes **Kontrollrechte** (Entgegennahme der Tätigkeitsberichte, des Kassenberichtes und des Kassenprüf-berichtes), **Wahlrechte** (Wahl des Vorsitzenden, seiner Stellvertreter und der Mitglieder des Landesvorstandes) und **Gestaltungsrechte.** Letztere beziehen sich sowohl auf den finanziellen Rahmen (Haushalt) als auch und besonders auf die Gestaltung der bildungs- und gewerkschaftspolitischen Handlungsfelder. Diese sind in § 3 der Satzung aufgelistet und stellen sich als immerwährende Aufgabe mit wechselnden Schwerpunkten dar.

Was hat der VBE seit der letzten Delegiertenversammlung 2007 erreicht ?
Als wichtigsten schulpolitischen Erfolg darf der VBE die flächendeckende Einführung der Realschule plus verbuchen, bei der die bisher getrennten Schulformen Hauptschule und Realschule zusammen – und die bereits existieren – den Regionalen Schulen und Dualen Oberschulen als Realschulen plus weitergeführt wurden. Die Realschule plus gründet sich auf dem von Herbert Reichertz konzipierten und vom VBE Rheinland-Pfalz 1991 politisch durchgesetzten Modell der Regionalen Schule. Wenn am Ende des Jahres 2013 alle Haupt- und Realschulen in Realschulen plus übergeleitet sind, verfügt Rheinland-Pfalz über eine vorwiegend zweigliedrige Schulstruktur, in der neben dem Gymnasium und einer stattlichen Zahl von Gesamtschulen eine vielfältig differenzierte und nach oben durchlässige Realschule plus ein breites berufs- und studienbezogenes Bildungsangebot vorhält.

Ob und inwieweit die neue Zweigliedrigkeit in der Schulstruktur die bestehende Zwei-Klassen-Bildungsgesellschaft weiter verstärkt und verfestigt, wird die Zukunft zeigen.

Die neue Fachoberschule an der Real-schule plus kann sicherlich ihren Beitrag dazu leisten, dieser Gefahr zu begegnen, weil sie mit ihren berufsbezogenen und studienbezogenen Bildungsinhalten zu qualifizierten Abschlüssen führt, die auch zum Studium berechtigen. Leider hat die jetzige rot-grüne Landesregierung die sich aus der Schulstrukturreform ergebenden notwendigen Konsequenzen (noch) nicht umgesetzt:

1. In der Lehrerbildungsreform will man an den alten Strukturen festhalten; nach einem lehramtsübergreifenden Grundstudium sollen lehr-amtsbezogene Masterstudiengänge folgen. Damit werden uralte hierarchische Laufbahnmuster übernommen, um „höhere“, „mittlere“ und „untere“ Lehrämter zu konservieren.

2. Das neue Lehramt „Realschule plus“ folgt aus der Schulstrukturreform. Die Bezahlung nach A 13 entspricht der bisherigen Realschullehrerbesoldung. Nicht berücksichtigt ist die Tatsache, dass noch mehrere tausend Lehrkräfte mit dem Lehramt Grund- und Hauptschulen an der Realschule plus die gleiche Arbeit leisten wie ihre Kolleginnen und Kollegen mit dem Lehramt an Realschulen, aber nur nach A12, also eine Besoldungsgruppe tiefer, besoldet werden. Eine schreiende Ungerechtigkeit! Während in Nordrhein-Westfalen die grüne Schulministerin Sylvia Löhrmann – vor der Landtagswahl – eine einheitliche Bezahlung für die Lehrkräfte aller Schularten fordert, scheint die rot-grüne Landesregierung in Rheinland-Pfalz die „biologische“ Lösung anzustreben. Damit würden die Grund-und Hauptschullehrer an den Realschulen plus „sitzen bleiben“.

Welche Perspektiven ergeben sich für die weiter gehende VBE-Forderung nach der sozialen Gleichstellung aller Lehrer?
Allein auf sich gestellt wird der VBE diese Jahrhundertaufgabe nicht lösen können. Er braucht Bundesgenossen, um nicht nur inhaltlich sondern auch zahlenmäßig effizienter agieren zu können als bisher. Ob er diese Verbündeten in den im DBB organisierten Lehrerverbänden gewinnen kann, ist mehr als fraglich. Die AG der Lehrerverbände im DBB hat es in den letzten 50 Jahren nicht geschafft, einvernehmliche schul- und gewerkschaftspolitische Lösungen zu finden. Deshalb ist es an der Zeit, die Frage zu stellen, ob der VBE nicht auch andere Kooperationsmöglichkeiten anstreben sollte, um seine Ziele eher zu erreichen. ■

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

falls Sie sich trotz der zurzeit extrem hohen Spritpreise dazu entschlossen haben, ein Auto zu kaufen, haben Sie zumindest die Möglichkeit einer mehr oder weniger intensiven Probefahrt, bevor Sie sich endgültig zum Erwerb entschließen. Eine Zeitspanne, in der Sie die Eignung (hoffentlich) feststellen können.

Im Schulbereich läuft es bei der Besetzung von Funktionsstellen ähnlich. Eine Schulleiterstelle wird z.B. einem/einer auserwählten Kolleg/-in kommissarisch übertragen. Innerhalb eines Jahres muss nun seine „Tauglichkeit“ festgestellt werden, damit er die/sie die Stelle endgültig erhält. Damit er nicht „überfordert“ wird, darf er/sie die die damit verbundenen Aufgaben des neuen Amtes schon übernehmen, Amtsbezeichnung und neue Besoldung hingegen gibt es erst nach festgestellter Bewährung, d.h. frühestens nach einem Jahr.

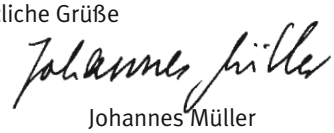
Grundsätzlich ist gegen eine Erprobungszeit wenig zu sagen. Es scheint sinnvoll, dass beide Seiten eine womöglich falsch getroffene Entscheidung revidieren können. Das spart viel Ärger und Enttäuschung. Doch warum – um Gotteswillen – bekommt der/die Kandidat/-in nicht zugleich sofort die vorgesehenen „Titel“ und „Mittel“? Wenn das sogar in der sonst so effizienten Wirtschaft und Industrie üblich ist?

Wenn ein Mehr an Verantwortung getragen werden muss, dann kann die notwendige Ausstattung nicht verwehrt werden.

Doch die Protagonisten in Sachen Bildungspolitik schwenken ihren Rotstift und weisen auf die zusätzlichen Ressourcen hin, ebenso, dass man es Kandidat/-innen nicht zumuten könne, bei nicht bestandener Bewährung wieder auf die neuen Pfründe verzichten zu müssen.

Wenn Regine Hildebrandt, die ehemalige populäre Sozialministerin von Brandenburg noch leben würde, dann würde sie sicherlich ihren Finger heben und lauthals protestieren: „Erzählt mir doch nich, dasset nich jeht!“

Herzliche Grüße
Ihr



Johannes Müller

br

Der Landesvorstand im Mai 2012

Ehrenvorsitzende

Josef Ambrosius | **Hans Bähr**

Geschäftsführender Vorstand

VBE-Landesvorsitzender

Johannes Müller

Stellvertretende VBE-Landesvorsitzende

Gerhard Bold | **Hubertus Kunz**

Schatzmeister

Gerhard Walgenbach

Beschäftigtenrecht	*Landesgeschäftsführer*	*ADJ-Sprecherin*
Ferah Emine Bakirca	**Hjalmar Brandt**	**Simone Dillschneider**
Berufspolitik	*Senioren*	*Gleichstellung*
Lothar Ganneck	**Klaus Keiper**	**Barbara Kuch**
Schriftleiter RpS	*Personalratsarbeit*	*Mitgliederbetreuung*
Martin Monjour	**Bernhard Schug**	**Iris Segrodnik**
Website		*Bildungspolitik*
Alexander Stepp		**Beate Voigtländer**

Rheinland-Pfalz kürt seine Jugend-forscht-Landessieger 2012

Neun talentierte Jungforscher qualifizieren sich für das 47. Finale von Deutschlands bekanntestem Nachwuchswettbewerb

Ludwigshafen. Für den 47. Bundeswettbewerb von „Jugend forscht“ haben sich neun junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Rheinland-Pfalz qualifiziert. Die Landessieger 2012 wurden in Anwesenheit von Doris Ahnen, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur, in Ludwigshafen ausgezeichnet. Beim diesjährigen Landeswettbewerb, der von der BASF SE ausgerichtet wurde, waren 58 Teilnehmer mit insgesamt 40 Forschungsprojekten angetreten.

Landessieger im Fachgebiet Arbeitswelt wurden Lukas Ramroth (15) und Niklas Stein (15) vom Mons-Tabor-Gymnasium Montabaur mit ihrem Online-Hausaufgabenheft. Ob das Grundmuster von Fingerabdrücken vererbbar ist, fragte sich der Biologie-Landessieger Fabian Hauf (16) vom Sebastian-Münster-Gymnasium in Ingelheim.

Florian Müller (19) vom St. Matthias-Gymnasium Gerolstein untersuchte die Auswirkungen von Arzneimitteln, die durch nicht fachgerechte Entsorgung in das Wassersystem gelangen, auf das Ökosystem. In Geo- und Raumwissenschaften siegte Jana Backes (18) vom Bischöflichen Angela-Merici-Gymnasium in Trier. Die Jungforscherin ging der Frage nach, ob das Klima vergangener Jahre in den Jahresringen von Bäumen bestimmt werden kann.

Dominik Michels vom Gymnasium Hermeskeil entwickelte ein Programm zur Simulation von Gasströmungen. Mit der Entwicklung einer optimierten Solarzelle beschäftigte sich die Physik-Landessiegern Anya Heider (18) vom Sebastian-Münster-Gymnasium in Ingelheim.

Im Fachgebiet Technik wurde Christoph Weyer vom Friedrich-Spee-Gymnasium in Trier mit dem Landessieg ausgezeichnet. Der 19-Jährige entwickelte ein sogenanntes Remotely Controlled Laboratory (RCL), ein Experiment für den Schulunterricht, das über das Internet ferngesteuert werden kann. Den Landessieg für die beste interdisziplinäre Arbeit errang Timm Piper (16) vom Martin-von-Cochem-Gymnasium in Cochem für seine lichtmikroskopischen Verfahren. Diese ermöglichen es, Objekte in optimaler Qualität abzubilden.

Nach den Landeswettbewerben im März findet das 47. Bundesfinale vom 17. bis 20. Mai 2012 in Erfurt statt. Es wird gemeinsam ausgerichtet von der Stiftung Jugend forscht e. V. und der Stiftung für Technologie, Innovation und Forschung Thüringen (STIFT). ■

Weitere Informationen zum Text „Chancengerechtigkeit in Schulen ungenügend“ finden Sie unter

Weitere Informationen zum Text „Bericht: Weniger Lehrlinge – weniger Ausbildungsbetriebe“ finden Sie unter

Bericht: Weniger Lehrlinge – weniger Ausbildungsbetriebe

Berlin. Trotz Fachkräftemangels bilden immer weniger Betriebe in Deutschland Lehrlinge aus. Das geht aus dem Entwurf des Berufsbildungsberichtes 2012 hervor. Danach boten 2010 nur noch knapp 22,5 Prozent aller Betriebe mit sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten Ausbildungsplätze an. Ein Jahr zuvor waren es noch 23,5 Prozent gewesen.

Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, Hans Heinrich Driftmann, führte den Rückgang bei den Betrieben auf die deutlich gesunkenen Schulabgängerzahlen zurück. Immer mehr Unternehmen gingen bei der Suche nach Auszubildenden leer aus, sagte er. „Demografie und Fachkräftemangel treffen die Unternehmen mit voller Wucht.“ Es sei unlauter, diesen Betrieben mangelnde Ausbildungsbereitschaft zu unterstellen.

Seit 2007 hat sich laut DIHK die Zahl der Ausbildungsplatzbewerber um 30 Prozent verringert. Allein im vergangenen Jahr konnten nach Schätzung der Wirtschaft 75 000 Ausbildungsplätze nicht besetzt werden. Unternehmen, die mehrfach keinen Bewerber gefunden hätten, würden dann auf die Ausbildung verzichten.

■ *dpa/Red*

Chancengerechtigkeit in Schulen ungenügend

Berlin. Auch gut zehn Jahre nach dem PISA-Schock gilt die Chancengerechtigkeit in deutschen Schulen als ungenügend. Nach wie vor ist die Abhängigkeit zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg riesengroß. Dabei gibt es aber erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern. Dies geht aus dem ersten „Chancenspiegel“ hervor, den das Dortmunder Institut für Schulentwicklungsforschung (IfS) im Auftrag der Bertelsmann Stiftung zusammengestellt hat.

Für ihre Studie fassten die Forscher unter Federführung von Institutsleiter Wilfried Bos und den Wissenschaftlern Nils Berkemeyer und Veronika Manitus die Ergebnisse der jüngsten internationalen PISA- und IGLU-Studien sowie des innerdeutschen Länder-Leistungsvergleichs der Kultusministerkonferenz von 2009 in Sachen Chancengerechtigkeit zusammen. Hinzugezogen wurden auch aktuelle Daten des Statistischen Bundesamtes sowie des jüngsten Mikrozensus.

■ *dpa/Red*

Inklusion kostet über 660 Millionen Euro

Gütersloh. Die Zahl der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an den „normalen" Regelschulen nimmt langsam zu – der Weg zum gemeinsamen Unterricht für alle ist aber noch lang und teuer. Nach einer am 23. März veröffentlichten Studie des Bildungsforschers Klaus Klemm würde die weitgehende Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Behinderten bundesweit über 660 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich kosten. Unterm Strich müssten mehr als 9300 Lehrer neu eingestellt werden, um die Pläne innerhalb des kommenden Jahrzehnts umzusetzen, ergab die im Auftrag der Bertelsmann Stiftung in Gütersloh erstellte Berechnung.

Vor drei Jahren (26. März 2009) trat die UN-Konvention in Kraft, die einen inklusiven Unterricht für die meisten Förderschüler vorsieht und damit eine Abkehr vom derzeitigen ausdifferenzierten Sonderschulsystem in Deutschland bedeutet.

■ *dpa/Red*

VBE: Viel Stress und wenig Geld für Schulleiter

Düsseldorf. Zahlreiche unbesetzte Stellen von Schulleitern belegen nach Auffassung der Bildungsgewerkschaft VBE die ungenügende Ausstattung der Posten. Allein in Nordrhein-Westfalen seien derzeit 565 Schulleiterstellen frei, berichtete der Verband Bildung und Erziehung (VBE) am 16. März in Düsseldorf. „Hochbelastet und unterbezahlt" sei die Situation der Schulleiter, sagte der VBE-Bundesvorsitzende Udo Beckmann aus Anlass des 1. Deutschen Schulleiterkongresses vom 15. bis 17. März in Düsseldorf.

Zu der Tagung waren nach Angaben der Veranstalter, des VBE und des Carl Link Verlags über 1.200 Schulleiter und schulische Führungskräfte gekommen.

Im März 2013 soll es erneut einen Schulleiter-Kongress in Düsseldorf geben. Zu den Themen im nächsten Jahr zählten unter anderem Inklusion und Unterrichtsentwicklung, hieß es.

■ *dpa/Red*

dbb-Chef Peter Heesen kandidiert nicht mehr

Berlin. Der Vorsitzende des Beamtenbundes (dbb), Peter Heesen (64), wird im November nicht für eine dritte Amtszeit kandidieren. Dies ließ Heesen von seiner Organisation in Berlin mitteilen. Heesen steht seit November 2003 an der Spitze des Beamtenbundes, der zusammen mit seiner Tarifunion 1,26 Millionen Mitglieder zählt. Heesen gehört seit insgesamt 17 Jahren der dbb-Bundesleitung an, davon fast neun Jahre als Vorsitzender.

■ *dpa/Red*

Förderschulen ganz abschaffen?

Weitere Informationen zum Text „Förderschulen ganz abschaffen" finden Sie unter

Weitere Informationen zum Text „Inklusion kostet über 660 Millionen Euro" finden Sie unter

Berlin. Der Anteil der Schüler in Deutschland, bei denen Experten einen sonderpädagogischen Förderbedarf feststellen, steigt stetig an. Seit 2001 wuchs die Förderquote von 5,4 auf 6,4 Prozent im Jahr 2010, wie aus einem Bericht der Kultusministerkonferenz (KMK) hervorgeht. Von den insgesamt gut 486 600 dieser Schüler wurden knapp die Hälfte (41,6 Prozent) dem Förderschwerpunkt Lernen zugeordnet – den es so nur in den deutschsprachigen Ländern gibt. Der Bildungsforscher Klaus Klemm plädiert dafür, diesen Förderschwerpunkt und zwei weitere ganz abzuschaffen. Denn so würden diese Kinder erst gar nicht mehr in der bildungsmäßigen „Sackgasse" Förderschule „Lernen" landen können.

„Die Empfehlung lautet, die drei Förderschwerpunkte Lernen, emotionale Entwicklung und Sprache auslaufen zu lassen", sagte Klemm am 22. März dem dpa-Dossier Bildung Forschung. Die Kinder sollen regelhaft in den Grundschulen eingeschult werden. Für diese Bereiche sollten ausschließlich Förderdiagnosen gestellt werden, damit die Kinder eine fortlaufende individuelle Förderung an den Regelschulen erhalten.

Die drei Förderschwerpunkte zählen zu den insgesamt acht von der KMK definierten Förderbereichen, wie auch Hören, Sehen, körperliche und motorische Entwicklung oder geistige Entwicklung. Doch bei den beanstandeten drei Bereichen ist die

Diagnose besonders schwierig, da die Grenzen nicht objektiv, sondern unklar seien, wie Klemm erläuterte. Doch die Folgen einer entsprechenden Diagnose wiegen schwer: Die auf Förderschulen verwiesenen „Langsamlerner“, wie die Kinder anderwo in Europa auch genannt werden, oder die erziehungsschwierigen Jungen und Mädchen werden zum großen Teil die deutsche Schule ohne Abschluss verlassen.

■ *dpa/Red*

Sexueller Missbrauch

Koblenz. Missbraucht ein verbeamteter Lehrer einen minderjährigen Schüler sexuell, muss er entlassen werden. Das entschied das Oberverwaltungsgericht (OVG) Rheinland-Pfalz in einem in Koblenz veröffentlichten Urteil. Unabhängig vom Alter der Schüler seien sexuelle Beziehungen zwischen Lehrern und Schülern ein Dienstvergehen, urteilten die OVG-Richter. In dem konkreten Fall hatte ein 1964 geborener Lehrer einer Förderschule im Juni 2010 einem 14-jährigen Schüler in einem Schwimmbad unter anderem an die Geschlechtsteile gegriffen. Zudem soll er ihm Zungenküsse gegeben haben. (Az: 3 A 11426/11.OVG)

■ *dpa/Red*

Weitere Informationen zum Text „Studenten können Fahrtkosten absetzen“ finden Sie unter

Einheitliche Besoldung aller Lehrer aus

Hamburg. Bei der ZEIT KONFERENZ Schule & Bildung am 8. Mai in Berlin hat sich die nordrhein-westfälische Ministerin für Schule und Weiterbildung Sylvia Löhrmann für eine einheitliche Bezahlung aller Lehrämter ausgesprochen: „Warum sollen Lehrer, die an einem sozialen Brennpunkt unterrichten, weniger verdienen als andere?“ Die Angleichung der Ausbildungszeiten laufe auf eine gleiche Besoldung aller Lehrer hinaus, erklärte Löhrmann. Die Ministerin hob die große Bedeutung der Lehrerbildung hervor.

Allerdings erhalte sie an den Universitäten sowie in der Gesellschaft noch nicht die Aufmerksamkeit, die ihr zustehe, so Löhrmann. Auch Dr. Klaus Kinkel, Vorsitzender der Deutschen Telekom Stiftung, beklagte das mangelnde Interesse der Universitätsrektoren an diesem Thema. Vor allem die Politik stehe in der Verantwortung, sich für eine größere Wertschätzung des Lehrerberufs und der Lehrerbildung einzusetzen: „Machen Sie die Lehrerbildung endlich zur Chefsache“, appellierte Kinkel an die Verantwortlichen in Bund und Ländern. ■

Studenten können Fahrtkosten absetzen

München. Studenten können künftig die Fahrtkosten zur Universität in voller Höhe von der Steuer absetzen. Der Bundesfinanzhof (BFH) in München revidierte jetzt mit zwei neuen Entscheidungen seine Rechtsprechung. Bislang waren die Richter davon ausgegangen, dass die Fahrtkosten zwischen Wohnung und einer in Vollzeit besuchten Bildungseinrichtung in der Steuererklärung nur im Rahmen der üblichen Pauschale für Arbeitnehmer von 30 Cent pro Entfernungskilometer als Werbungskosten abgesetzt werden können. ■

Handwerk für durchlässiges Bildungssystem

Berlin. Das Handwerk und die Grünen wollen mit einem durchlässigeren Bildungssystem dem Fachkräftemangel in Deutschland entgegenwirken. Beide Seiten „bekennen sich zur Anerkennung der Gleichwertigkeit von Allgemein- und Berufsbildung“. „Der Weg zur Hochschulbildung darf nicht nur über das Abitur, sondern muss auch über die berufliche Aus- und Weiterbildung führen“, heißt es in dem ain Berlin veröffentlichten Papier.

Beide Seiten wollen „ein gerechtes, durchlässiges und nachhaltiges Bildungssystem“. Dabei sehen sie in der dualen Ausbildung „eine der tragenden Säulen“ der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Innovationsfähigkeit Deutschlands. „Ihr kommt bei der Sicherung des Fachkräftebedarfs ein besonderer Stellenwert zu“, betonen Handwerk und Grüne.

Die berufliche Bildung müsse auch gleichermaßen für leistungsstarke wie leistungsschwache Schulabgänger attraktiv bleiben. „Der demografische Wandel macht es immer dringender, dass kein Jugendlicher verloren geht“, betonen die Unterzeichner.

Um dieses Ziel zu erreichen, setzen Handwerk und Grüne auf ein flächendeckendes frühkindliches Betreuungs- und Bildungsangebot und individuelle Förderung in der Schule. ■

Weitere Informationen zum Text „Lehrer mit Mobbing konfrontiert“ finden Sie unter

Lehrer mit Mobbing konfrontiert

Berlin/München. Zehn Jahre nach dem Amoklauf von Erfurt sind Lehrer in Deutschland recht häufig mit Hinweisen auf Mobbing oder Gewaltandrohungen konfrontiert. Das geht aus ersten Auswertungen eines Krisenpräventionsprojekts der Freien Universität Berlin hervor. Sieben Prozent der befragten Pädagogen hätten von Amokdrohungen berichtet. ■ *dpa/Red*

„Schulqualität und Lehrergesundheit gehören zusammen“

Norddeutscher Lehrertag 2012 in Schwerin veranstaltet

Die norddeutschen Landesverbände des VBE – Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein – sind die Veranstalter des traditionellen Norddeutschen Lehrertages, der in diesem Jahr am 21. April in Schwerin stattfand. Das Thema „Ohne Überlast zur Qualität. Schulqualität beginnt mit Lehrergesundheit“ traf genau die Befindlichkeit der Lehrerinnen und Lehrer. Mehr als 150 Teilnehmer verfolgten mit großem Interesse den Hauptvortrag von Professor Dr. Bernhard Sieland und holten sich in den anschließenden Workshops praktische Anregungen für Entlastungsstrategien im beruflichen Alltag. Von der Weiterbildungsveranstaltung ging zugleich eine klare politische Botschaft aus. VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann machte in seinem Grußwort deutlich, die Politik treibe Schindluder mit der Lehrergesundheit.

v. l. n. r. VBE-Landesvorsitzender M-V Michael Blanck, VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann und Mathias Brodkorb, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur M-V

Minister Mathias Brodkorb hält das Grußwort.

Hauptreferent Prof. Dr. Bernhard Sieland von der Leuphana Universität Lüneburg sorgt für Stimmung.

„In einer gesunden Schule lernt es sich besser, das ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Deshalb hat die ganze PISA-Debatte seit Jahr und Tag Schlagseite. Schulqualität und Lehrergesundheit müssen von den Dienstherren endlich als eins behandelt werden.“ Die Politik mache es sich zu einfach, lediglich Unterrichtsverpflichtungen für die einzelnen Schulformen willkürlich festzulegen. Stattdessen brauche es Zeitgefäße auch für die anderen Aufgaben, forderte Udo Beckmann. „Unterrichten bis der Notarzt kommt, ist keine Option, bessere Schule zu machen.“ Der VBE-Bundesvorsitzende mahnte die ausreichende Versorgung mit Regelschullehrern, mit Sonderpädagogen Schulsozialarbeitern, Schulsekretärinnen und Hausmeistern an. „Es muss endlich der Normalfall werden, dass Schule die Kompetenzen verschiedener Professionen anbieten kann. Nicht zuletzt muss die Schularchitektur als wichtiger Faktor für die Gesundheit von Schülern und Pädagogen anerkannt und umgesetzt werden."

Michael Blanck, Vorsitzender des VBE Mecklenburg-Vorpommern, zeigte sich besorgt über die gesundheitliche Situation der Lehrerinnen und Lehrer. Die Belastung im Beruf habe stetig zugenommen. Das sei eine Folge der hohen Unterrichtsverpflichtungen und der Zunahme weiterer Aufgaben an den Schulen. „Wir sind verantwortlich dafür, dass trotz schlechter Rahmenbedingungen, die uns die Politik vorgibt, immer noch Schule funktioniert!“, erklärte Michael Blanck. „ Wir sind verantwortlich dafür, dass ein hoher Prozentsatz der Schülerinnen und Schüler einen guten Schulabschluss erreicht, dass Deutschland eine Zukunft hat, weil wir die Hoffnungsträger der Zukunft ausbilden. Wir würden noch gerne mehr erreichen, wenn man uns die Bedingungen dafür zur Verfügung stellt.“ Michael Blanck verwies darauf, trotz unveränderter Rahmenbedingungen ließen sich Lehrerinnen und Lehrer immer wieder neue Aufgaben übertragen und würden diese gewissenhaft erfüllen, „da wir der Meinung sind, dass wir das unserem Berufsethos, den uns anvertrauten Schülerinnen und Schülern schuldig sind“. Der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern gab der VBE-Landesvorsitzende mit auf den Weg: „Um den

künftigen hohen Lehrerbedarf zu schultern, sollten Landesregierungen vielleicht nicht nur Gelder in unausgegorene Junglehrerprogramme, sondern auch in die Pharmaforschung stecken – z. B. für die Entwicklung einer LASPI – einer Lehreralterungsstopppille."

Europäischer Sozialer Dialog Bildung ging in zweite Runde

Das Lenkungskomitee des Europäischen Sozialen Dialogs Bildung legte jetzt in Brüssel den weiteren Fahrplan fest. Udo Beckmann, Sprecher der Koordinierungskommission GEW-VBE und Mitglied des Lenkungskomitees, teilte mit, in einzelnen Arbeitsgruppen tauschten sich die europäischen Vertreter von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite darüber aus, wie die von den europäischen Sozialpartnern gemeinsam ausgehandelte Forderung nach hochwertiger Bildung und Ausbildung verwirklicht werden kann.

Die Arbeitsschwerpunkte dazu sind „Qualität von Bildung und Erziehung", „Herausforderungen der demografischen Entwicklung in Europa" sowie „Hochschulbildung und Qualität der Lehrerbildung".

Die demografische Entwicklung ist inzwischen in allen europäischen Mitgliedsländern als Problem mit tiefgreifender Wirkung erkannt. Der Rückgang der Bevölkerungszahlen insgesamt und die Folgen für den Bildungs- und Erziehungsbereich werden 2012 am Beispiel ausgewählter EU-Mitgliedsländer betrachtet und diese Erfahrungen in die Arbeit der Demografie-Arbeitsgruppe eingebracht. Ein erstes Regionalseminar fand in Madrid statt, an dem die Vorsitzende der VBE-Bundesfrauenvertretung und Mitglied der Koordinierungskommission GEW-VBE Jutta Endrusch teilnahm. Im Mittelpunkt stand dabei die Diskussion am Beispiel des Gesundheitsbereichs, langfristig qualifiziertes Personal zu halten und zu gewinnen. In einem weiteren Regionalseminar in Vilnius wurde das Thema mit Blick auf den Bildungsbereich fortgeführt.

Deutscher Lehrertag 2012 in Mannheim

Am 30. November 2012 findet in Mannheim der diesjährige Deutsche Lehrertag statt. Der größte bundesweite Weiterbildungstag für Lehrerinnen und Lehrer aller Schulstufen wird wiederum veranstaltet von VBE und Verband Bildungsmedien. Er steht unter dem Motto: „Anders sein ist normal – Heterogenität als Herausforderung". Veranstaltungsort ist das Congress Center Rosengarten Mannheim, Rosengartenplatz 2. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat sein Kommen zugesagt. Prof. Dr. Joachim Bauer (Neurobiologe, Arzt und Psychotherapeut), Freiburg, hält den Hauptvortrag: „Im Anderen das Gemeinsame entdecken: Der Weg zu Resonanz und Empathie mit dem Fremden". Ab Mittag gibt es ein umfangreiches Workshop-Programm.

Am Deutschen Lehrertag 2011, der in den Dortmunder Westfalenhallen stattfand, nahmen 1200 Pädagoginnen und Pädagogen aus dem ganzen Bundesgebiet teil. Die Veranstaltung war bis auf den letzten Platz ausgebucht.

Anmeldungen zum Deutschen Lehrertag 2012 sind ab 17. September 2012 ausschließlich online möglich:
www.deutscher-lehrertag.de
Die Teilnahmegebühr incl. Mittagsimbiss beträgt 25 € (VBE-Mitglieder 15 €).

Kritik an geplanter Casting-Show für Kinder

Mit Unverständnis reagierte der VBE auf das Vorhaben von RTL, „DSDS-Kids" auf den Bildschirm zu bringen. Laut RTL-Angaben sollen bereits 20 000 Bewerbungen für das neue Show-Format des Senders vorliegen. Kinder einem Millionen-Fernseh-Publikum zu präsentieren, sei nicht zu deren Wohl, kritisierte VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann. Das Internet vergesse nicht. Wenn Jahre später – in der Schule, der Uni oder beim Arbeitgeber – plötzlich ein Video von vor vielen Jahren auftauche, könne das ernste Folgen für den weiteren beruflichen und persönlichen Lebensweg haben.

Außerdem befürchtete Udo Beckmann, das Selbstbild der Kinder könnte leiden. „Kein Elternteil sagt dem eigenen Kind, dass es schlecht singt. Wenn aber später eine Jury oder ein Zuschauervoting jemanden als Sieger kürt, heißt das vor allem für kleine Kinder: Ich bin nicht gut genug. Der Knacks in einer kleinen Seele kommt dann schneller, als man denkt." Einer solchen Konkurrenzsituation seien vor allem kleine Kinder nicht gewachsen, so der VBE-Bundesvorsitzende.

Der Quotenverfall der letzten Jahre bei Casting-Sendungen dürfe laut Beckmann nicht dazu führen, dass jetzt Kinder als neue Sänger-Zielgruppe erschlossen werden. „Kinder sollten spielen und toben dürfen – den Vergleich mit anderen lernen sie noch früh genug. Sie jetzt so vorzuführen, ist nicht im Sinne einer adäquaten Entwicklung", stellte Udo Beckmann klar und appellierte an die Eltern, darauf zu verzichten, ihr Kind dort anzumelden. „Eltern sollten stark sein und dem Kind erklären, dass eine Teilnahme an so einer Show nichts darüber aussagt, wie wertvoll es ist." Außerdem dürften Eltern nicht das eigene Geltungsbedürfnis über das Wohl des Kindes stellen. Am Ende seien es schließlich die Kinder, die auf der Bühne stünden und mit der Ablehnung klarkommen müssten, aber nicht die Eltern, so Beckmanns Resümee. ■

Mobbing keine Chance geben!

Am 4. Mai setzten Schulen und Lehrerorganisationen weltweit ein Zeichen gegen Mobbing. Der VBE rief die Schulen auf, sich an der Aktion „Stand 4 Change“ zu beteiligen. VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann betont: „Auch in deutschen Schulen gibt es im Lernalltag die kleinen Gemeinheiten unter Schülern, verbale Attacken auf vermeintlich Schwächere und zunehmend das Bloßstellen im Internet. Auch wenn die Dunkelziffer hoch ist, gibt es nach unserer Schätzung in fast jeder Klasse ein Opfer von Mobbing. Ängste, Leistungsabstürze und Gesundheitsbeeinträchtigungen sind die Folge. Deshalb darf Mobbing nicht geduldet werden.“

Beckmann weiter: „Mobbing muss in jeglicher Form in der Schule geächtet werden. Es gelten klare Regeln: hinsehen, eingreifen, miteinander klären. Vertrösten, banalisieren oder schweigen würde Mobbingopfern und -tätern dagegen unterschwellige Akzeptanz signalisieren. „Es geht nicht anders, als konsequent gegen Mobbing zu handeln“, betont Beckmann. ■

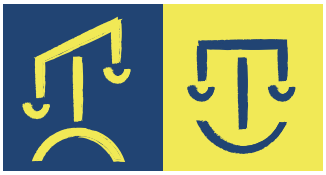
Aus für Schultrojaner lässt hoffen

„Der VBE begrüßt das Aus für den Schultrojaner“, kommentiert VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann das Ergebnis der Verhandlungen zwischen KMK und Schulbuchverlagen. „Es muss damit auch klar sein, dass es keine Schritte hinter dem Rücken der Schulen geben darf“, so Beckmann. „Der VBE hat mehrfach erklärt, zur Entwicklung tragfähiger Lösungen für die Schulen und zum Schutz des Urheberrechts beizutragen. Wir lehnen jeglichen Versuch in den Ländern ab, durch die Hintertür die Schulleiter verantwortlich zu machen, was doch die Schulträger und Dienstherren zu verantworten haben.“ Den Beschluss der KMK vom März 2012 zur Medienbildung in der Schule bezeichnete Beckmann als „völlig unzureichend“. Der Beschluss sei das Papier fast nicht wert, so Beckmann, weil immer dort, wo stehen müsste, wie in der Schule verantwortliche Medienbildung auf der Höhe der Zeit verwirklicht werden solle, der Text zu Ende sei. ■

Gleiche Lehrerbezahlung steht an!

„Der VBE begrüßt die klare Aussage von NRW-Schulministerin Löhrmann zu einer einheitlichen Bezahlung aller Lehrkräfte“, stellt VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann zum Auftritt der Ministerin auf einer Konferenz in Berlin fest. „Dieses Signal landet hoffentlich auch in den anderen Ländern. Die Zeit ist abgelaufen, die Wertigkeit der Lehrerarbeit im Dienst-, Besoldungs- und Tarifrecht wie in der Kaiserzeit an der Schuhgröße der Schülerinnen und Schüler zu orientieren. Der VBE fordert die Anerkennung der Gleichwertigkeit der Lehrerarbeit.“ Seit Sommer vorigen Jahres läuft die VBE-Initiative „Mehr Gerechtigkeit wa(a)gen“ gegen das soziale Ranking im Lehrerberuf. Beckmann weiter: „Alle Länder ruft der VBE auf, zu beweisen, wer am besten die Gleichstellung der Lehrerinnen und Lehrer in die Tat umsetzt. Einen föderalen Wettbewerb in diesem Sinne unterstützen wir. Die Länder haben seit der Föderalismusreform 2006 den Hut für das Dienst-, Besoldungs- und Tarifrecht auf und wollen den Wettbewerb.“ Unter Verweis auf das Gutachten „Gleiche Lehrerbesoldung als Verfassungsauftrag“ des Bielefelder Rechtsexperten Professor Gusy im Auftrag des VBE betont Beckmann: „Für die Fortführung der bisherigen Besoldungshierarchie im Lehrerberuf enthält das Grundgesetz keine zwingenden Gründe. Wer Lehrämter weiterhin ungleich behandeln will, muss diese Ungleichheit begründen können.“ ■

Mehr Gerechtigkeit wa(a)gen.



Damit Lehrer nicht sitzen bleiben.

Gleiche Lehrerbesoldung als Verfassungsauftrag in Rheinland-Pfalz

Christoph Gusy

Gleiches muss gleich behandelt werden. Das ist eine unmittelbare Konsequenz aus Artikel 3 Absatz 1 des Grundgesetzes, dem Gleichheitssatz. Dieser Grundsatz hat auch in Bezug auf die Bezahlung im öffentlichen Dienst Beachtung zu finden. Eine Ungleichbehandlung von Gleichem muss daher besonders begründet werden. Ungleiches hingegen darf, muss aber nicht ungleich behandelt werden. Diese Formel ist vom Bundesverfassungsgericht dahin konkretisiert worden, dass die Gründe für eine Ungleichbehandlung diejenigen für eine Gleichbehandlung im Einzelfall überwiegen müssen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach der Gleichheit bzw. Ungleichheit der Lehrerbesoldung: Bestehen überwiegend sachliche Gründe für eine ungleiche Lehrerbesoldung? Oder ist der Landesgesetzgeber gefordert, die Stichhaltigkeit bisheriger Argumentationen zu überprüfen?

Tradiertes System der Lehrerbesoldung

Der Gestaltungsfreiraum für die Bezahlung der Lehrerinnen und Lehrer ist an die grundgesetzlichen Vorgaben des Gleichheitssatzes, bei verbeamteten Lehrern zusätzlich auch an das aus Artikel 33 Absatz 5 GG hergeleitete Alimentationsprinzip gebunden.

Ein Wettbewerb der Länder im Besoldungsrecht ist ausdrücklich möglich und war eines der Ziele der Verfassungsreform 2006. Dass ein Sachverhalt von den jeweiligen Gesetzgebern der Länder unterschiedlich beurteilt wird, führt deshalb nicht zu einem Verstoß gegen den Gleichheitssatz des Grundgesetzes. Im Hinblick auf die föderale Struktur besteht keine Gleichbehandlungspflicht der Bundesländer zueinander. Nur darf der Wettbewerb nicht zur Absenkung des Besoldungsniveaus unter den verfassungsrechtlich gebotenen Mindeststandard sinken. Oberhalb dieses Niveaus ist er zulässig. Unbedingt hinzugefügt sei an dieser Stelle, dass Artikel 33 Absatz 5 des Grundgesetzes seit 2006 nicht mehr allein die Pflicht aller öffentlichen Hände zur Berücksichtigung der „hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums“, sondern auch den Auftrag zu deren „Fortentwicklung“ enthält.

Tatsache ist, dass seit der Vergangenheit bis in die Gegenwart Lehrerinnen und Lehrer in Abhängigkeit ihres Lehramtes zum gehobenen bzw. höheren Dienst zugeordnet und innerhalb der Laufbahnen in differierende Besoldungsstufen eingruppiert sind. Weiter differenziert das Laufbahnrecht die Besoldungshöhe nach unterschiedlichen Dienst- und Lebensaltersstufen sowie konkreten Anforderungen eines Amtes im Einzelfall. Vor dem Hintergrund des Gleichheitssatzes muss die Ungleichbehandlung unmittelbar aus dem Lehrerberuf herzuleiten sein.

Differenzierungsgrund Lehrerausbildung?

Als zentrales Abgrenzungskriterium der Laufbahnen des gehobenen und des höheren Dienstes gilt die Vorbildung der Beamten: Nur wer ein „abgeschlossenes Hochschulstudium“ aufweist, ist danach dem höheren Dienst zuzuweisen. Eine differenzierende Behandlung der Lehrämter ist danach also gestattet, sofern das Dienstrecht hierfür eine unterschiedliche Vorbildung vorschreibt.

Tatsächlich galt die Anforderung eines Universitätsabschlusses in früherer Zeit ausschließlich für Gymnasiallehrer. Erst im 20. Jh. setzt sich die Ausbildung anderer als Gymnasiallehrer an Akademien (später: Pädagogischen Hochschulen) bzw. Universitäten durch. Früher waren demnach die Ausbildungsstätten (universitär oder außeruniversitär), die Ausbildungsgänge, -dauer und -abschlüsse ungleich. Diese Unterschiede wurden zur Rechtfertigung unterschiedlicher Laufbahnen bzw. Besoldungsgruppen herangezogen.

Seit den 70er-Jahren des 20. Jh. ist die Debatte um die Lehrerausbildung und seit den 80er-Jahren auch die Praxis in den einzelnen Bundesländern über jene älteren Ausgangspunkte mehr und mehr hinweggegangen. Schon in der jüngsten Vergangenheit waren durch Gesetz- und Verordnungsgeber folgende Ausbildungsanforderungen vereinheitlicht worden:

- Ausbildungsstätten: Nur noch Baden-Württemberg kennt eigene Pädagogische Hochschulen; in Rheinland-Pfalz wurden gemäß § 92 RPHochSchG für alle Lehrämter einheitlich „Zentren für Lehrerbildung“ an Universitäten eingerichtet.
- Studienabschlüsse: Alle Lehramtsstudien schließen mit einem Staatsexamen ab.
- Vorbereitungsdienst: Für alle Lehrämter schließt sich an das Studium ein Vorbereitungsdienst an, der aus theoretischen und praktischen Teilen besteht.
- Ausbildungsabschluss: Der Vorbereitungsdienst schließt überall mit einem (weiteren) Staatsexamen ab,

sodass Lehrer aller Schulstufen und -formen vor der Berufsaufnahme einheitlich jeweils zwei Staatsexamina absolvieren müssen.

Die Unterschiede in der Ausbildung traten stark zurück. Sie bezogen sich etwa auf die vorgeschriebene Regelstudiendauer, Unterschiede bei der curricularen Ausgestaltung einzelner Studiengänge und bisweilen leicht divergierende Verteilungen theoretischer und praktischer Studienanteile. Dabei fanden sich einzelne Differenzen zwischen Gymnasiallehrern einerseits und Lehrern sonstiger Schulformen und -stufen andererseits; aber auch Differenzen zwischen bisweilen unterschiedlich geregelten Ausbildungsanforderungen der sonstigen Lehrer untereinander. Dass solche geringeren Diskrepanzen unterschiedliche Besoldungsgruppen gerade zwischen Gymnasiallehren einerseits und den Lehrern sonstiger Schulformen andererseits begründen könnten, war schon in der Vergangenheit immer weniger erkennbar.

Dies gilt erst recht in der Zukunft. Immer mehr Bundesländer, so auch Rheinland-Pfalz, gehen gegenwärtig dazu über, die Ausbildungsanforderungen für Lehrer weiter anzunähern oder gar zu vereinheitlichen. Da die Regelungskompetenz bei den Bundesländern liegt, können die zu treffenden Regelungen im Zuge der Umstellung der Studiensysteme länderspezifisch variieren. Über die schon genannten Vergleichbarkeiten hinaus finden sich weitere Annäherungen

- der vorgeschriebenen Regelstudiendauer: Sie wird in Rheinland-Pfalz wenn auch nicht identisch, so zumindest eine Angleichung erfahren. Das Lehramtsstudium beginnt mit einem 6-semestrigen Bachelorstudiengang, auf dem ein Masterstudiengang mit zwei bis vier Semestern aufbaut.
- der (neuen) Studienabschlüsse: Mit der Umstellung werden die Abschlüsse „Bachelor“ und „Master“ für alle verbindlich.
- Die ECTS-Leistungspunkte: Noch gibt es Unterschiede in Rheinland-Pfalz; die Summe der Leistungspunkte soll in Zukunft jedoch bei allen lehramtsbezogenen Studiengängen gleich sein, sodass zum Abschluss überall 300 Leistungspunkte benötigt werden.
- der praktischen Studienanteile: Diese werden in den neueren Ausbildungsanordnungen nahezu überall vereinheitlicht; so sind in Rheinland-Pfalz die Inhalte und Ziele der schulpraktischen Ausbildung für alle Lehrämter identisch.

Die Studien- und Ausbildungsgänge für Lehrer sind schon jetzt nicht mehr von Ungleichheit, sondern von Gleichheit geprägt. Dieser Trend wird sich noch fortsetzen.

Differenzierungsgrund Arbeitsauftrag?

Schon frühzeitig stellte das Bundesverfassungsgericht hinsichtlich der Grundlagen des Besoldungsrechts fest, dass „innerhalb der Gruppe der Lehrkräfte im reichverzweigten und vielgestaltigen deutschen Schulwesen“ u. a. „der verschiedene Stellenwert der einzelnen Schularten“ als Unterscheidungsgrund in Betracht komme. Der hier zugrunde gelegte Zusammenhang zwischen Schulziel und Unter-

.. A 12 .. / Dienstaltersstufe	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Grundgehalt:	2920,39 €	3068,00 €	3215,59 €	3363,20 €	3510,79 €	3609,20 €	3707,58 €	3805,98 €	3904,39 €	4002,79 €

.. A 13 .. / Dienstalterstufe	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Grundgehalt:	3281,79 €	3441,17 €	3600,57 €	3759,95 €	3919,33 €	4025,58 €	4131,86 €	4238,10 €	4344,38 €	4450,63 €

Lebensalter, in dem die Dienstalterstufe erreicht wird	25	27	29	32	35	38	41	45	49	54

richtsinhalt bedeutet: Je anspruchsvoller das Unterrichtsziel, je höher das Ausbildungsziel, desto anspruchsvoller muss auch der Unterricht und damit die in diesem Zusammenhang zu erbringende Leistung des Lehrers sein. Lehrern, denen höhere Leistungen abverlangt würden, dürften daher auch im Besoldungsrecht höher eingestuft werden. Zentrale Prämisse ist dabei die Auffassung, das Niveau der beruflichen Anforderungen an die Lehrer steige parallel zum Niveau des Schulziels.

Diese Auffassung von der Beschränkung der Schulziele und -inhalte auf Bildungsniveau und Bildungsinhalte entspricht in der Gegenwart weder dem gewandelten Auftrag der Schule nach Grundgesetz, Landesverfassungen und Schulgesetzen (vgl. § 1 Abs. 2 RPSchulG) noch der gewandelten Realität der Schule. Sie beziehen u. a. ein:

- die Vermittlung kultureller und ethischer Standards (Urteilsfähigkeit in persönlichen und weltanschaulichen Fragen, Selbstverantwortung und Verantwortung für andere sowie das Gemeinwesen und die Werte der Verfassung),
- persönliches und soziales Verhalten (Selbstständigkeit, Rücksichtnahme, Toleranz, Teamfähigkeit, Wahrnehmungs-, Empfindungs-, Ausdrucksfähigkeit),
- Einsatz für einen freiheitlich-demokratischen und sozialen Rechtsstaat,
- Orientierung in der modernen Welt.

Landesverfassungen und Schulgesetze gehen also – mit unterschiedlichen Akzentuierungen im Einzelfall – davon aus: Schulziele und -inhalte sind wesentlich die Vermittlung kultureller und sozialer Kompetenzen als Grundlage des Wissenserwerbs und Anwendungsbasis erworbenen Wissens.

In neuerer Zeit kommen hierzu weitere Anforderungen. Dazu zählen etwa

- die Integration von Schüler/-innen mit Migrationshintergrund (§ 1 Abs. 2 S. 3 RPSchulG),
- integrativer Unterricht für behinderte und nicht behinderte Schüler/-innen (§ 1 Abs. 2 S. 4 RPSchulG),
- Bewältigung von Heterogenität in der Schule und unter den Schüler(inne)n.

Alle diese Schulziele und die aus ihnen resultierenden Anforderungen an die Lehrerinnen und Lehrer gehen über die Vermittlung von Bildungsinhalten und -niveau weit hinaus. Es ist auch nicht erkennbar, dass die sich hier stellenden Anforderungen und die danach zu erbringenden Leistungen der Lehrer sich im Wesentlichen parallel zum Schulziel oder den danach zu vermittelnden Bildungsinhalten orientieren. Vielmehr spricht wesentlich mehr dafür, dass sich die genannten Herausforderungen namentlich im Bereich der Grund- und Haupt-/Gemeinschaftsschulen zu besonderen beruflichen Anforderungen verdichten. Dort stellen sich die spezifischen Anforderungen von fehlender Integration, Lernbehinderungen und Heterogenität in besonderer Weise.

Daraus folgt im Kontext des Lehrerbesoldungsrechts: Die Gleichsetzung von beruflichen Anforderungen an die Lehrer einerseits und der zu vermittelnden Bildungsinhalte in der Schule andererseits basiert auf einer unzulässigen Verengung von Schulauftrag und Schulgeschehen und kann deshalb kein zureichender sachlicher Grund für eine allein auf sie gestützte Differenzierung hinsichtlich der Lehrerbesoldung sein.

Die gewandelten Anforderungen an Schule, Unterricht und Lehrer spiegeln sich in der empirischen Schul- und Lehrerforschung wider. Danach wurden als Hauptbelastungsfaktoren für Lehrer im Beruf festgestellt:

- die Zunahme der Aufgaben, insbesondere der Erziehungsaufgaben außerhalb der Stoffvermittlung,
- die Zunahme von Verhaltensauffälligkeiten und Disziplinlosigkeiten bei Schülern,
- große Klassen,
- große Leistungsunterschiede zwischen den Schülern,
- sinkende Lernmotivation bei Schülerinnen und Schülern.

Offenbar folgten die beruflichen Anforderungen und Belastungen nicht mehr primär den vermittelten Inhalten oder dem Niveau des von der Schule angestrebten Schulabschlusses. Was den Schulen als neue Aufgaben außerhalb der Wissensvermittlung übertragen worden ist, kommt bei den Lehrern als besondere und besonders belastende berufliche Anforderung an.

Fazit: Abnehmende Stichhaltigkeit

Die geforderte Begründung für eine Ungleichbehandlung der Lehrer im Hinblick auf die Besoldung lässt sich gegenwärtig oder jedenfalls in absehbarer Zeit nicht mehr erbringen. Sowohl die Differenzierung nach Aus- und Vorbildung als auch die Differenzierung nach beruflicher Tätigkeit im Lehrerberuf sind Argumente von abnehmender Stichhaltigkeit. Demnach sind die Gesetzgeber der Länder gefordert, da seit 2006 das Lehrerbesoldungsrecht Landesrecht ist. Diese Grundsätze sind durch die Anwendbarkeit des Gleichheitssatzes auch auf die Tarifvertragsparteien übertragbar.

Prof. Dr. Christoph Gusy hat an der Universität Bielefeld Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Staatslehre und Verfassungsgeschichte inne. Er ist Autor des Gutachtens „Gleiche Lehrerbesoldung als Verfassungsauftrag“ im Auftrag des VBE.
Kontakt: christoph.gusy@uni-bielefeld.de ■

Gerechtigkeit unter Lehrern ist machbar!

VBE-Kampagne für die Gleichstellung der Lehrkräfte zeigt politischen Niederschlag

„Wenn die nordrhein-westfälische Schulministerin jetzt eine einheitliche Bezahlung für Lehrkräfte aller Schularten fordert, liegt sie aus Sicht des VBE Rheinland-Pfalz genau richtig.
Mit Ihrer Forderung nach einer einheitlichen Bezahlung unterstützt Sylvia Löhrmann die zentrale Forderung des VBE nach Gleichstellung der Lehrer in Ausbildung, Arbeitszeit und Bezahlung.

Was im rot-grünen Kabinett in Düsseldorf spruchreif ist, das sollte auch bei gleicher politischer Couleur in der Mainzer Landesregierung Thema sein.
Wir fordern die rheinland-pfälzische Bildungsministerin Doris Ahnen auf, es ihrer nordrhein-westfälischen Kollegin gleich zu tun und mehr soziale Gerechtigkeit unter den Lehrkräften unseres Landes zu schaffen.“

Mit dieser Stellungnahme äußerte sich der Landesvorsitzende der rheinland-pfälzischen Lehrergewerkschaft VBE, Johannes Müller, zu Äußerungen der nordrhein-westfälischen Schulministerin Sylvia Löhrmann in der „ZEIT-Konferenz Schule & Bildung“ in Berlin. In diesem Rahmen hatte sich Sylvia Löhrmann dafür ausgesprochen, alle Lehrer gleich zu besolden, da mittlerweile die Ausbildungszeiten angeglichen worden seien.

Johannes Müller: „Das gilt auch für Rheinland-Pfalz. Nach der neuen Lehrerausbildung haben alle Lehrer, wenn sie in den Schuldienst einsteigen, die nach der Bologna-Reform europaweit notwendigen 300 Leistungspunkte. Sie dann noch nach Schulart unterschiedlich zu besolden, wie das die Landesregierung jetzt noch plant, ist eine offene Diskriminierung und mit dem Gleichheitsgrundsatz nicht zu vereinbaren.“

Der VBE Rheinland-Pfalz stellt seine nächste Delegiertenversammlung am 01. und 02. Juni 2012 in Mainz unter das Motto Bildung in Rheinland-Pfalz – mehr Gerechtigkeit wa(a)gen. Im Rahmen dieser alle fünf Jahre stattfindenden Veranstaltung, die auch mit Neuwahlen und der Festlegung des schulpolitischen Kurses verbunden ist, wird der VBE Rheinland-Pfalz ein juristisches Gutachten zur Unterstützung seiner Forderung nach Gleichstellung der Lehrkräfte unterschiedlicher Schularten vorlegen. ■

Wettstreit um die besten Argumente

Vier Schüler qualifizieren sich beim Finale in Rheinland-Pfalz erfolgreich für die Bundesebene des Wettbewerbs Jugend debattiert

Sachorientierte Debatten, genaues Zuhören, präzise Nachfragen sind für die Teilnehmer des Wettbewerbs „Jugend debattiert“ eine Selbstverständlichkeit.

Debattiert wird nach klaren Regeln: Pro Debatte vier Schüler, eine Streitfrage, 24 Minuten Dauer.

Der 14-jährige Daniel Ternes vom Bischöflichen Cusanus-Gymnasium Koblenz überzeugte bei der Frage „Sollen Landtagswahlen mit weniger als 50% Wahlbeteiligung wiederholt werden?“, dem Thema für die Klassen 8 bis 9/10. Er argumentierte eindrucksvoll dagegen.

Rund 5.400 Schülerinnen und Schüler in 46 Schulen haben sich im laufenden Schuljahr in Rheinland-Pfalz an „Jugend debattiert“ beteiligt.

Weitere Informationen finden Sie unter

Die Finalisten im Landeswettbewerb „Jugend debattiert“ in Rheinland-Pfalz 2012:

Debatte Altersgruppe 1 (Klassen 8 bis 10):

1. Platz: Daniel Ternes, 14 Jahre, Bischöfliches Cusanus-Gymnasium Koblenz
2. Platz: Timo Natter, 16 Jahre, Sickingen-Gymnasium Landstuhl

Debatte Altersgruppe 2 (Jahrgangsstufen 11 bis 13):

1. Platz: Sebastian Waic, 19 Jahre, Kurfürst-Ruprecht-Gymnasium Neustadt/Weinstraße
2. Platz: Sarah Eiden, 18 Jahre, Gymnasium Hermeskeil ■

Klemm-Gutachten kann über schulpolitischen Sparkurs nicht hinwegtäuschen

Johannes Müller: Schuldenbremse wird zur Daumenschraube für die Bildungsentwicklung

„Das jetzt von Bildungsforscher Klaus Klemm vorgelegte Gutachten zur Entwicklung des Lehrkräftebedarfs in Rheinland-Pfalz kann nicht darüber hinwegtäuschen: Allen Beteuerungen der Landesregierung zum Trotz wird auch in der Bildungspolitik drastisch gespart, und zwar vor allem am Personal.

Zwar bringt das Gutachten einige Verbesserungen gegenüber den ursprünglichen Absichten der Landesregierung. So ist der Einstellungskorridor von 1.000 Stellen aus Sicht des VBE eine gute Sache, zumal er dem „Schweinezyklus“ beim Lehrkräftebedarf entgegenwirken soll. Zumindest das hat man gelernt. Dennoch wird mit 1.850 Stellen fast die Hälfte der durch den Schülerrückgang rein rechnerisch frei werdenden Lehrerstellen abgebaut und nicht für eine Verbesserung der Bildung genutzt. Zum Beispiel bei der dramatisch schlechten Unterrichtsversorgung.

Das Klemm-Gutachten ist deshalb aus Sicht des VBE der Versuch, die Einschnitte und Kürzungen in der rheinland-pfälzischen Schulpolitik zu kaschieren. Es dient letztlich dazu, den schulpolitischen Rotstiftkurs der Landesregierung besser zu verkaufen und wissenschaftlich zu ummänteln. Von einer Investition in Bildung kann keine Rede sein.“

Mit diesen Worten kommentierte der Landesvorsitzende der rheinland-pfälzischen Lehrergewerkschaft VBE, Johannes Müller, in Mainz das von Bildungsforscher Klaus Klemm und Bildungsministerin Doris Ahnen gemeinsam vorgestellte Gutachten „Zur Entwicklung des Lehrkräftebedarfs in Rheinland-Pfalz“.

Bereits unmittelbar nach der Landtagswahl im Frühjahr 2011 sei der künftige schulpolitische Kurs in Rheinland-Pfalz deutlich geworden, so der VBE-Landeschef. Die letzten Besoldungserhöhungen auf faktischem Nullniveau seien ein Affront für alle engagierten Pädagoginnen und Pädagogen. Geld werde von der Landesregierung geradezu mit der Gießkanne verteilt für medienwirksame Themen bei den Fahrtkosten oder den Schulbüchern. Johannes

Müller: „Aber im Kernbereich des Schulsystems wird das Mieder enger geschnürt, es wird mit besonders spitzer Feder gerechnet und auch an den kleinsten Stellschrauben gedreht. Bildungsreformen müssen von denen selbst bezahlt werden, die sie auch noch umsetzen sollen."

„Die demografische Entwicklung ist ohne Zweifel eine Herausforderung für unsere Gesellschaft", so Johannes Müller. „Aber die Schuldenbremse führt noch zu einer Verschärfung. Sie wird jetzt zur Daumenschraube für die Bildungsentwicklung."

Zwar werde kein vernünftiger Mensch dagegen sein, wenn der Staat bei der Verschuldung auf die Bremse tritt. Dann aber gehe es darum, dass das Geld, was da ist, anders verteilt wird. Es könne nicht sein, dass für politische Prestigeobjekte oder marode Kredite Geld ausgegeben werde, aber der Unterricht weiterhin massenhaft ausfallen müsse, so der VBE-Landesvorsitzende. ■

„Individuelle Freiheit als höchstes Gut für Menschen!"

Zu einem interessanten Meinungsaustausch traf sich der seit einem Jahr im Amt befindliche Vorsitzende der FDP Rheinland-Pfalz, Dr. Volker Wissing, mit dem Landesvorsitzenden Johannes Müller, dem stv. Landesvorsitzenden Hubertus Kunz und dem Schatzmeister Gerhard Walgenbach.

Bildungspolitische Themen standen dabei im Fokus des Gesprächs. Dr. Wissing betonte eingangs, dass Bildung künftig Schwerpunktthema der Liberalen sei, ausgerichtet an dem Ziel, 2016 wieder in den Landtag einzuziehen. Für die FDP steht dabei die Sicherstellung der individuellen Freiheit als höchstes Gut für Menschen im Vordergrund.

Einig waren sich FDP und VBE, dass die demografische Entwicklung in all ihren Facetten besonderen Handlungsbedarf bedeutet, denn angesichts des rapiden Schülerrückgangs dürfe kein Kind verloren gehen. Deshalb müsse die frühkindliche Erziehung intensiviert, die individuelle Förderung beibehalten und ausgebaut werden. Schüler/-innen müssen heutzutage in der Lage sein, selbsttätig und selbstständig zu arbeiten, wenn sie im Berufsleben bestehen wollen.

Ebenfalls stimmte man überein, dass das im Grundgesetz verankerte Kooperationsverbot überholt ist. Angesichts der gewaltigen Herausforderungen, die in Sachen Bildung zu bewältigen sind, könne es nicht sein, dass es dem Bund untersagt wird, ständig mit den Ländern zusammenzuarbeiten.

Dr. Volker Wissing im Gespräch mit dem VBE

Gerade im Zeichen einer gesellschaftlichen Veränderung kommen enorme Belastungen auf Schulen und Lehrkräfte zu. Eine stärkere Profilbildung der Schulen und eine qualifizierte Ausbildung der Lehrkräfte und besonders der Erzieherinnen seien besonders wichtig, um gut aufgestellt zu sein. Dies wird aber erhebliche Ressourcen in Anspruch nehmen.

Dr. Wissing erläuterte, dass die FDP künftig im Rahmen von Fachkongressen bildungspolitische Sachverhalte mit Experten diskutieren möchte, um sich eine fundierte Meinung bilden zu können. Im Herbst sei die erste Veranstaltung geplant.

FDP und VBE vereinbarten, weiterhin im Kontakt zu bleiben und sich zu weiteren Gesprächen zu treffen.

■ *Red*

Grundschulzeugnis-Debatte:

Differenzierte Leistungsbeurteilung – aber ganz ohne vergleichende Maßstäbe?

Bewegung in der Schulpolitik und ein Gespräch in der Grundschule Moselweiß über neue Möglichkeiten der Leistungsdokumentation

Mit seiner Initiative zur Weiterentwicklung der Zeugnisse an den rheinland-pfälzischen Grundschulen zu Jahresbeginn 2012 hat der VBE einen Stein ins Wasser geworfen, der Wellen schlägt.

Mittlerweile ist der VBE mit allen Parteien im Gespräch, und mit dem Landeselternbeirat ist er sich einig, dass – neben einem Ausbau der Halbjahresgespräche über das zweite Schuljahr hinaus – mehr für die Verständlichkeit und Lesbarkeit der Grundschulzeugnisse getan werden muss. Das Kompetenzstufenzeugnis, wie es vom VBE vorgeschlagen wird, wird genau dem gerecht. Und es erleichtert die Arbeit, ohne pädagogisch weniger zu bieten.

Die SPD-Landtagsfraktion wird aktiv

Bei einer Anhörung des *Arbeitskreises Bildung und Jugend* der SPD-Landtagsfraktion am 20. März, die extra und ausschließlich der VBE-Zeugnis-Initiative gewidmet war, zeigte sich dann, dass man offensichtlich das Problem auch auf parlamentarischer Seite ernst nimmt. Die Zeugnisse und ihr Format sind in der geltenden Grundschulordnung verankert und diese ist Sache des Bildungsministeriums.

Aber wenn Parlamentarier ein schulpolitisches Problem erkannt haben, zumal auch noch von der gleichen politischen Fraktion wie die Führung des fachlich zuständigen Ministeriums, dann bewegt sich etwas. Dafür gibt es weitere Beispiele – zuletzt z. B. die Schulbuchausleihe.

Grundschule Koblenz-Moselweiß

Im Ergebnis dieser Anhörung war allen Beteiligten klar – und darunter waren nicht wenige Verfechter der gängigen Verbalzeugnisse, dass sich etwas bei den Grundschulzeugnissen ändern muss, um zu erreichen, was mit einem Zeugnis erreicht werden soll:

- erstens die Adressaten – also Eltern und Kinder – kompetent, umfassend, individuell und verständlich über die persönliche Leistungsentwicklung und den aktuellen Leistungsstand zu informieren,
- zweitens sicherzustellen, dass der Aufwand für die Zeugnisse und ihr Ergebnis in einem sinnvollen Verhältnis stehen: dass sie also gelesen und verstanden werden.

Vorreiter: Engagierte Grundschulkollegien – das Beispiel der Grundschule Moselweiß

Einige Grundschulen in Rheinland-Pfalz haben sich bereits seit längerem auf Neuland gewagt. In der Regel ist es der Modellversuch „Selbstverantwortliche Schule“, der dafür den legitimen Rahmen bot. Über die Aktivitäten an der Haiderbach-Grundschule und deren Kollegium unter Leitung von Hartmut Hoefs hat die RpS bereits im März berichtet (vgl. RpS 03/2012, S. 8-11).

Eine weitere Schule, die sich auf der Grundlage ihres pädagogischen Engagements Gedanken über eine Weiterentwicklung der Grundschulzeugnisse gemacht hat, ohne die grundschulpädagogischen Errungenschaften der letzten zwei Jahrzehnte preiszugeben, ist die Grundschule Moselweiß in Koblenz. Mit deren Schulleiterin Martina Keller und Personalrätin Sabine Albrecht kam der Grundschularbeitskreis des VBE Rheinland-Pfalz unter Beteiligung von Regina Eimermacher-Raczek und Barbara Holstein Ende März zu einem Gespräch zusammen. In dessen Mittelpunkt standen die gesammelten Erfahrungen mit neuen Zeugnisformaten.

Eines ist völlig klar: An einer differenzierten und die Individualität des einzelnen Kindes berücksichtigenden Beurteilung in den Zeugnissen darf und soll auch durch ein weiterentwickeltes Zeugnisformat nicht gerüttelt werden. Dies ist im Übrigen völlig unabhängig davon, ob Noten

(notwendigerweise) erteilt werden müssen oder nicht. Solange aus schulrechtlichen Gründen Noten nicht zur Disposition gestellt werden können – eine pädagogisch sinnvolle Diskussion ist ja durchaus möglich –, solange ist es müßig, die völlige Abschaffung von Noten auf die Agenda zu setzen.

Dennoch muss die Frage gestellt werden, wie Noten, die in ihrem ursprünglichen Sinn für die soziale Auslese stehen, mit einer differenzierten Leistungsbeurteilung, so wie wir sie heute in Grundschulzeugnissen finden, in Einklang zu bringen sind.

Ein Anfang: das Rasterzeugnis

An der Grundschule Moselweiß wurde vor fünf Jahren – 2007 – ein Rasterzeugnis eingeführt. Dieses Rasterzeugnis war in die vorgegebenen Lernbereiche unterteilt, verfügte über vorformulierte Kompetenzen (auf der linken Seite) und drei jeweils zuzuordnende Kompetenzstufen (auf der rechten Seite). Dieses Modell hatte also schon große Ähnlichkeit mit dem VBE-Kompetenzstufenzeugnis.

Ein Manko war das dreistufige Kompetenzraster. Jedes Beurteilungsspektrum mit einer ungeraden Anzahl an Stufen verführt im Zweifelsfall zur Auswahl der mittleren Position (das gilt also auch für fünf Stufen). Vor diesem Hintergrund spricht sich Schulleiterin Martina Keller jetzt auch für vier Beurteilungsstufen aus; es muss also in jedem Fall eine Trendentscheidung getroffen werden.

Die auf dem Rasterzeugnis aufgeführten Kompetenzen erarbeiteten die Fachkonferenzen der Grundschule Moselweiß auf Grundlage der Teilrahmenpläne und Bildungsstandards. Begleitend zur Einführung des Rasterzeugnisses fanden Elterncafés statt.

In der Folge wurde diese Zeugnisform bei Schülern und Eltern höchst erfolgreich evaluiert. Rasterzeugnisse, so befand die Grundschule Moselweiß, müssen Schülern und Eltern im Gespräch erklärt werden. Was bedeutet es, wenn bei einem Kind im Zeugnis des 3. Schuljahres steht: „Hat eine Zahlvorstellung im Zahlenraum bis 100“ und das dahinter stehende Kreuz die höchste Kompetenzstufe signalisiert?

Jeder Grundschullehrer weiß, dass der Zahlenraum im 3. Schuljahr bis 1000 erweitert wird. Das Kind arbeitet also im Zahlenraum des 2. Schuljahres und hat sich diesen Zahlenraum zum Zeugnistermin erfolgreich erschlossen. Das Rasterzeugnis reflektiert diese Kompetenzleistung, auch wenn der soziale Vergleich diese Leistung in den Notenbereich ausreichend bis mangelhaft stellen würde.

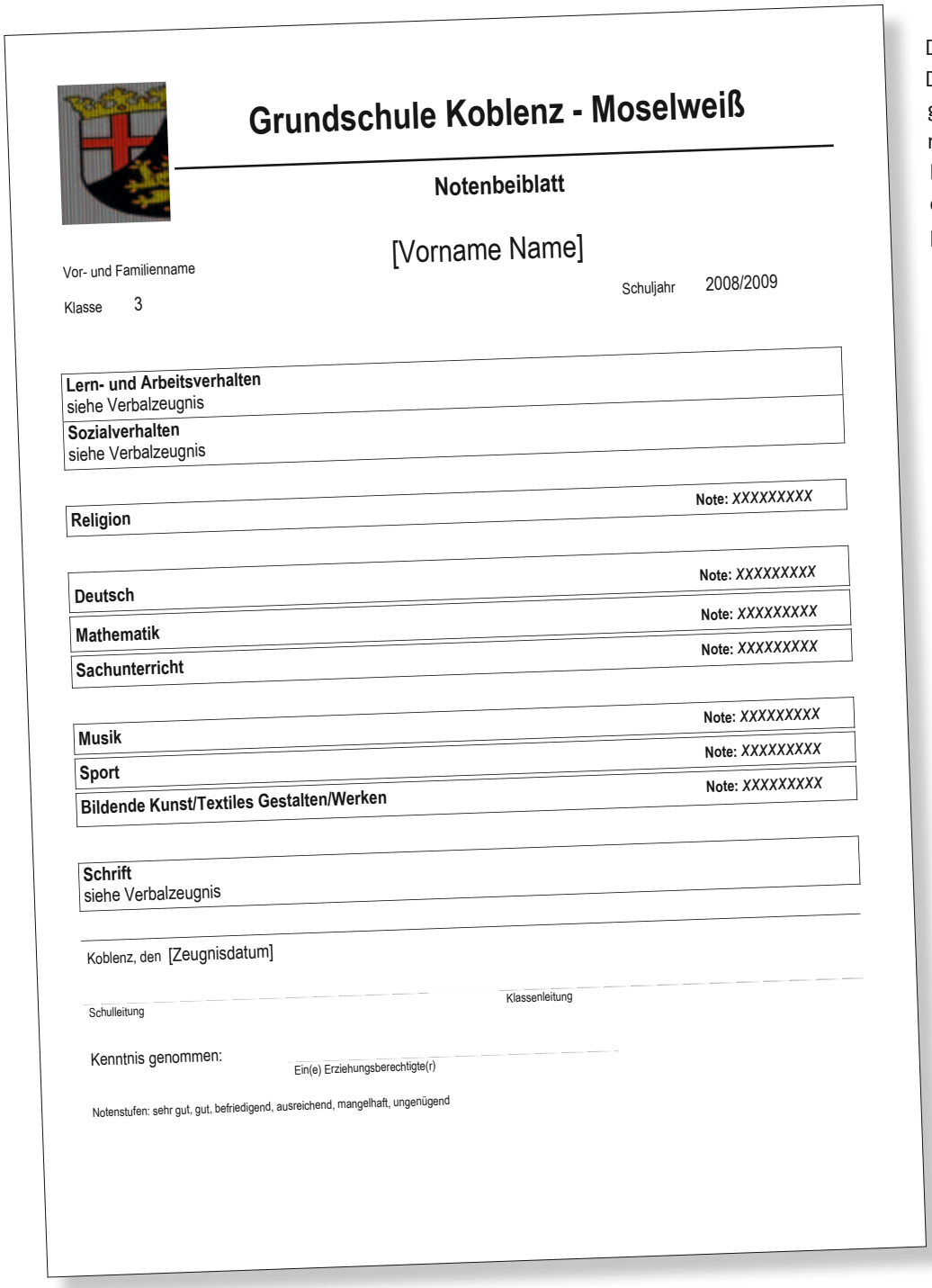
Hier wird deutlich, dass man nicht auf der einen Seite einem Schüler positiv bescheinigen kann, dass er erfolgreich in dem Lernbereich gearbeitet hat, der für ihn leistbar ist, und auf der anderen Seite eine Note erteilt, die der Sozialnorm gerecht wird. Ein differenziertes Zeugnis muss also den Kompetenzbereich des Schülers reflektieren und müsste eine Note geben, die diese individuelle Leistung widerspiegelt. Das können Eltern, die die Noten als „objektives“ Messinstrument kennen, nicht verstehen, meint Schulleiterin Martina Keller.

Pädagogisches Knowhow an der Grundschule Koblenz-Moselweiß nicht nur, wenn es um Zeugnisse geht: Schulleiterin Martina Keller und Personalrätin Sabine Albrecht (von rechts)

Problem: Die Dokumentation der individuellen Lernentwicklung scheut den Vergleich

Ein Problem, das sich bei den Verbalzeugnissen gemäß Grundschulordnung immer wieder gezeigt hat, ist die nahezu ausschließliche Konzentration auf die Beschreibung und Beurteilung der individuellen Lernentwicklung. Einzige Maßstäbe, an denen gemessen wird, sind die Kompetenzen der Rahmenlehrpläne und die Bildungsstandards. Aber diese sind den Eltern in aller Regel unbekannt – zumindest *en détail*. Viele Eltern vermissen deshalb Zeugnisaussagen darüber, wo ihr Kind in der Leistungsentwicklung in einem Vergleich steht.

Die Konzentration auf den individuellen Lernfortschritt hat historische Hintergründe. So war es seinerzeit – unter den Rahmenbedingungen der reinen Notenzeugnisse – noch völlig normal, wenn nur der Vergleich zählte.



Grundschule Koblenz - Moselweiß

Notenbeiblatt

Vor- und Familienname [Vorname Name]

Klasse 3

Schuljahr 2008/2009

Lern- und Arbeitsverhalten
siehe Verbalzeugnis

Sozialverhalten
siehe Verbalzeugnis

Religion Note: XXXXXXXXX

Deutsch Note: XXXXXXXXX

Mathematik Note: XXXXXXXXX

Sachunterricht Note: XXXXXXXXX

Musik Note: XXXXXXXXX

Sport Note: XXXXXXXXX

Bildende Kunst/Textiles Gestalten/Werken Note: XXXXXXXXX

Schrift
siehe Verbalzeugnis

Koblenz, den [Zeugnisdatum]

Schulleitung

Klassenleitung

Kenntnis genommen:

Ein(e) Erziehungsberechtigte(r)

Notenstufen: sehr gut, gut, befriedigend, ausreichend, mangelhaft, ungenügend

Doch wie so oft in der Bildungspolitik: Das Pendel schlug von der einen Seite ganz auf die andere – von einem Extrem zum anderen. Eine Weiterentwicklung der Grundschulzeugnisse wird deshalb auch in dieser Hinsicht zu pragmatischen Lösungen führen müssen.

Eltern wollen wissen, wie ihr Kind sich individuell entwickelt. Aber sie wollen auch erfahren, wo ihr Kind im Vergleich mit der möglichen Entwicklung und dem angestrebten Kompetenzerwerb am Ende der Klassenstufe 4 steht.

Die Grundschule Moselweiß hatte vor dem Verbot ihres Rasterzeugnisses versucht, diesem Dilemma mit einem Notenbeiblatt zu begegnen. Dieses Notenbeiblatt sollte den Eltern Rückmeldung darüber geben, wo ihr Kind im Vergleich zu anderen steht. Das Notenbeiblatt wurde in einem verschlossenen Umschlag dem Zeugnis beigelegt. Kinder, so die Auffassung dieser Schule, benötigen eine derartige Rückmeldung bezüglich des sozialen Vergleichs in den weitaus meisten Fällen nicht.

An der Grundschule Moselweiß wird weiter über die Optimierung der Grundschulzeugnisse nachgedacht. Das Kompetenzstufenzeugnis, das vom VBE zur Diskussion gestellt wurde, kommt dem schon ganz nah.

Die Notenskala beinhaltete ein eingebautes *Ranking* und im Hintergrund wirkte zudem die Gauß'sche *Normalverteilung* der Noten. Dass dieses System allein schon einem modernen Menschenbild nicht gerecht wird, liegt auf der Hand, und einer individuellen Beurteilung schon gar nicht. Folglich beinhaltete eine Reform dieses Systems (die in dieser Form eigentlich nur noch und auch nur ansatzweise an den Integrierten Gesamtschulen durchgeführt wurde) einen Wechsel auf die (individuelle) Perspektive des Individuums.

Umsetzen dürfen die Kolleginnen und Kollegen die Ergebnisse ihres pädagogischen Engagements nicht. Die Zulassung von oben durch eine Überarbeitung der Grundschulordnung und außerhalb eines Modellversuchs fehlt bisher. Dabei müssten selbstverständlich die pädagogische Erfahrung und das Knowhow der Basis berücksichtigt werden.

Aber Gedankenfreiheit besteht zumindest schon heute …

■ *Red*

„Schuldenbremse engt den Gestaltungsspielraum erheblich ein!“

Zu einem Meinungsaustausch in angenehmer Atmosphäre über aktuelle schulpolitische Fragen trafen sich Vertreter des Evangelischen Büros, an der Spitze der Beauftragte der Evangelischen Kirche in Rheinland-Pfalz, Dr. Thomas Posern, sowie Oberkirchenrat Sönke Krützfeld und Kirchenrat Rainer Pauschert mit dem VBE, vertreten durch den Landesvorsitzenden Johannes Müller und Schatzmeister Gerhard Walgenbach.

Es herrschte Einigkeit darüber, dass die Schuldenbremse den Gestaltungsspielraum erheblich einengt. Dabei sind gerade Bildungsausgaben Investitionen in die Zukunft. Wenn kein Kind verloren gehen soll, müssen die Anstrengungen verstärkt werden. Das Einsparen von 1.850 Planstellen in den nächsten Jahren, wie es das Klemm-Gutachten vorsieht, ist deshalb grundsätzlich abzulehnen. Der Rückgang der Schülerzahlen im Primar- und Sekundar I-Bereich und die damit verbundene Problematik der Sicherung von Schulstandorten, die Umsetzung der Inklusion sind schwierige Aufgaben, die zu meistern sind.

Gerade im Ganztagsschulbereich, der ja vorbildhaft für ganz Deutschland gestaltet ist, wären zusätzliche Mittel nach Ansicht des VBE wichtig. In den Bereich der Lehrerbildung müssen inklusive Elemente, ebenso wie diagnostische Module, Möglichkeiten der Gesprächsführung etc., einfließen, um den wachsenden Herausforderungen einer immer mehr heterogen werdenden Schülerschaft gewappnet zu sein. Jedes Kind muss individuell gefördert werden, wie es das Schulgesetz vorgibt.

Eine eigenverantwortliche Schule mit einer qualifiziert ausgebildeten Schulleitung als Motor kann hier wesentlich helfen. Dafür müssen entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Dabei ist wichtig, dass im Schulsystem die Anschlüsse von Kita über Grundschule bis zu den weiterführenden Schulen gesichert sind. die Verzahnung zwischen den einzelnen Bildungseinrichtungen läuft noch nicht rund.

Der VBE im Gespräch mit der evangelischen Kirche (v.l.n.r): Oberkirchenrat Sönke Krützfeld, Dr. Markus Posern als Beauftragter der evangelischen Landeskirchen bei der Landesregierung, VBE-Landesvorsitzender Johannes Müller und Kirchenrat Rainer Pauschert (sowie VBE-Schatzmeister Gerhard Walgenbach, der das Foto schoss).

Die Notwendigkeit einer Wertediskussion steht außer Frage. Oft werde dies erst im Konfliktfall an den Schulen zwischen Eltern und Lehrkräfte thematisiert, wobei dann geklärt werden muss, wer wofür verantwortlich ist.

Evangelisches Büro und VBE haben vereinbart, den begonnenen Dialog weiter fortzusetzen.

■ *Red*

Internet-Tipp:

Kirche: Auf dem Weg zu einem inklusiven Bildungsverständnis

Eine Arbeitshilfe der Abteilung Bildung im Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche im Rheinland

Deutschland ist 2009 der UN-Behindertenrechtskonvention beigetreten und man darf gespannt sein, welche Veränderungen des Bildungs- und Sozialsystems daraus abzuleiten sind. Die Teilhaberechte von Menschen mit Behinderungen werden deutlich gestärkt. Selbstbestimmung, Normalisierungsprinzip und Vielfalt heißen die Schlüsselbegriffe, die zum Motor der Entwicklung werden. Im Zuge der Inklusionsdebatte wird sich nicht nur die Pädagogik, sondern auch die Gesellschaft verändern. Und natürlich die Kirche. ...

Weitere Informationen finden Sie unter

VBE Verband Bildung und Erziehung Landesverband Rheinland-Pfalz

www.recht-fuer-lehrer.de
Rechtsfälle aus dem Berufsleben

Verdienstmöglichkeiten nach dem Referendariat

Die Frage bzw. das Problem:
Ich würde mich gerne über die Verdienstmöglichkeiten nach dem Referendariat informieren (Konditionen bei Angestellten, Beamten, Vertretungs- bzw. Teilzeitverträgen).

Die Antwort:
Im Falle einer Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Probe, die Probezeit beträgt je nach Prüfungsergebnis und Bewährung (dienstliche Beurteilung) 2 bis 3 Jahre, erfolgt eine Einstufung nach A 13 bzw. nach A 12, abhängig vom Lehramt Realschule bzw. Grund- und Hauptschule. Das Besoldungsdienstalter (BDA), damit auch die Dienstaltersstufe, wird von der ADD festgesetzt. Das sog. Regel-BDA 1.7.1997 (als Sie 21 Jahre alt wurden) können sie nicht mehr erhalten, da Sie das 31. (A 12) bzw. 35. Lebensjahr (A 13) bereits vollendet haben. Ihr BDA wird also „hinausgeschoben“. Damit erhielten Sie mit 35 1/2 Jahren die 7. Dienstaltersstufe, entspricht 3.919,33 Euro brutto. Dies gilt nur bei A 13. Bei A 12 wird Ihr Dienstalter um 1 1/2 Jahre und somit auf den 1.1. 1999 hinausgeschoben. Danach hätten Sie in A 12 die 6. Dienstaltersstufe erreicht, entspricht 3.363,20 Euro brutto.

Im Falle einer Einstellung in das Beschäftigtenverhältnis gilt der TV-L (Tarifvertrag der Länder). Mit dem Lehramt Grund- und Hauptschulen würden Sie in die Entgeltgruppe E 11, mit dem Lehramt Realschulen in E 12 eingestellt. Die Entgeltstufe richtet sich nach der Berufserfahrung. Gehen Sie dabei bitte von der 2. oder 3. Stufe aus. Genauere Auskunft wegen anrechenbarer Zeiten für die Einstufung kann Ihnen der Bezirkspersonalrat erteilen.

Vertretungsverträge unterliegen der gleichen Bezahlung nach TV-L. Das Gleiche gilt für Teilzeitverträge als Anteil an der Vollzeit, z. B. 20 Stunden = 20/27 an Arbeitszeit wie auch Gehalt.

Befristetes Angestelltenverhältnis und Personalratstätigkeit

Die Frage bzw. das Problem:
Ich bin Lehrkraft im befristeten Angestelltenverhältnis und wurde im vergangenen Jahr in den örtlichen Personalrat gewählt. Hat diese Funktion Auswirkungen auf die Befristung des Arbeitsverhältnisses? D.h., kann es unter Umständen möglich sein, dass die Befristung für den Zeitraum der Wahlperiode verlängert werden muss?

Die Antwort:
In § 23 des Landespersonalvertretungsgesetzes RLP (LPersVG) ist geregelt, wann die Mitgliedschaft im Personalrat endet. Dies ist nach § 23 Abs. 1 Ziff. 3 der Fall, wenn das Beschäftigungsverhältnis endet.

Mit Ablauf Ihres befristeten Angestelltenverhältnisses endet damit auch Ihre Mitgliedschaft im Personalrat. Es ist leider nicht so, dass die Mitgliedschaft im Personalrat Anspruch auf eine Verlängerung des befristeten Vertrags oder auf Abschluss eines neuen Vertrags bedeuten würde. Ich bedauere, dass ich Ihnen keine positive Nachricht übermitteln kann.

Dienstältester übernimmt Position des Schulleiters / Überleitung der Schulleiter von Grundschulen

Die Frage bzw. das Problem:
Ich bin nun seit mehreren Jahren als kommissarischer Schulleiter an einer sehr kleinen Grundschule eingesetzt. Ich musste als Dienstältester den Posten übernehmen, nachdem die Schulleitung versetzt wurde. Ich werde nach A12 besoldet. Da ich weiß, dass laut neuem LBG ab Juli alle Schulleiter von Grundschulen eine Gehaltsstufe höher gesetzt werden, wollte ich mich nun auf die Schulleitung an meiner Grundschule bewerben. Aus persönlichen Gründen tat ich dies in den letzten Jahren, als die Stelle wiederholt ausgeschrieben worden war, nicht. Nun wurde mir mitgeteilt, dass die Stelle nicht mehr ausgeschrieben ist. Habe ich das Recht, nach A 13 besoldet und im Juli übergeleitet zu werden?

Die Antwort:
Als Dienstältester waren Sie zur Übernahme der Schulleitertätigkeit verpflichtet, dies ist aber keine kommissarische Schulleitung! Eine solche würde voraussetzen, dass Sie nach erfolgreicher Bewerbung auf die Stelle zunächst 1 Jahr eine Erprobungszeit ohne Gehaltserhöhung durchlaufen hätten und dann zur kommissarischen Schulleitung bestellt worden wären, an die sich dann die Beförderung anschließen würde. Hierzu wäre jedoch zunächst die Bewerbung auf die ausgeschriebene Stelle nötig gewesen. Auf eine solche hatten Sie aus persönlichen Gründen verzichtet.

Weitere Informationen finden Sie unter

Nun ist es häufig so, dass Stellen, die mehrfach vergeblich ausgeschrieben wurden, nicht mehr ausgeschrieben werden. So scheint es auch in Ihrem Falle gewesen zu sein.

Ich rate Ihnen, sich an den Bezirkspersonalrat zu wenden, der der Schulaufsicht mitteilen sollte, dass es nun doch eine Bewerberin auf die Stelle der Schulleitung gibt, und die erneute Ausschreibung anregen sollte. Geklärt werden sollte aber vorab, ob Ihre sehr kleine Grundschule dauerhaft erhalten bleibt.

Aus der Tatsache, dass Sie als Dienstältester die Schulleitertätigkeit übernehmen mussten, ergibt sich leider kein Anspruch auf eine höhere Besoldung. Sie müssten sich tatsächlich zunächst bewerben – daher der Rat, sich an den BPR zu wenden.

Lehrerausbildung – Einsatz in Klassen der Mentorin

Die Frage bzw. das Problem:
Muss ein Lehramtsanwärter während des letzten Ausbildungsjahres mit seinem eigenverantwortlichen Unterricht zumindest teilweise in der Klasse eingesetzt werden, in der die Mentorin auch unterrichtet, oder kann der Lehramtsanwärter mit seinen Fächern auch ausschließlich in Klassen eingesetzt werden, in denen die Mentorin nicht unterrichtet?

Die Antwort:
Es verhält sich so, dass es **wünschenswert** ist, dass der Lehramtsanwärter auch in der Klasse der Mentorin eingesetzt wird, aber nicht verpflichtend. Häufig ist es sogar so, dass sich kein Mentor für die jeweilige Fächerkombination findet.

Kündigung eines Vertretungsvertrags wegen Angebots einer Planstelle

Die Frage bzw. das Problem:
Ich arbeite seit dem Schuljahr 2009/2010 an einer Grundschule. Ich hatte seither drei Vertretungsverträge, die sich immer über ein Jahr beliefen. Der aktuelle Vertrag läuft „längstens bis zum 21.09.2012“. Nun habe ich ein Angebot für eine unbefristete Einstellung in einem anderen Bundesland zum 16.08.2012 erhalten. Bei der ADD wurde mir gesagt, dass ich nun einen Auflösungsvertrag zum 30.06.2012 machen muss. Eine Kollegin meinte aber, ich könne einfach fristgerecht zum 31.07.2012 kündigen, da mir als Lehrer, der ein Jahr gearbeitet hat, auch die Bezahlung der Ferien zustünde. Mittlerweile habe ich auch schon wieder gehört, dass ich, da ich drei Jahre beim Land RLP gearbeitet habe, schon gar nicht mehr fristgerecht kündigen könnte, da sich mein Kündigungszeitraum nicht mehr auf 6 Wochen beschränkt. Was gilt denn nun?

Die Antwort:
Für die Kündigung von befristeten Verträgen gilt der § 30 Abs. 5 S. 2 TV-L. Dieser besagt:

Nach Ablauf der Probezeit beträgt die Kündigungsfrist in einem oder mehreren aneinandergereihten Arbeitsverhältnissen bei demselben Arbeitgeber

von insgesamt mehr als sechs Monaten	*vier Wochen,*
von insgesamt mehr als einem Jahr	*sechs Wochen*
zum Schluss eines Kalendermonats,	
von insgesamt mehr als zwei Jahren	*drei Monate,*
von insgesamt mehr als drei Jahren	*vier Monate*
zum Schluss eines Kalendervierteljahres.	

Hier gelten Ihre Verträge insgesamt mehr als 3 Jahre, sodass Sie vier Monate zum Schluss eines Kalendervierteljahres kündigen müssten. Zum 30.09. können Sie nicht kündigen, da Ihr Vertrag zuvor ausläuft, und das wäre ja auch ohnehin zu spät für die neue Stelle. Bliebe nur der 30.06., für den aber bereits die Kündigungsfrist abgelaufen ist. Das Gesetz spricht Ihnen also kein Kündigungsrecht zu.

Die ADD ist aber bereit, einen Auflösungsvertrag mit Ihnen zu machen und Sie vorzeitig aus dem Vertrag zu entlassen. Da die ADD sparen soll, bietet sie dieses Entgegenkommen jedoch nur unter der Voraussetzung an, dass Sie vor den Ferien gehen und auf die Bezahlung in den Ferien verzichten. Eine Pflicht zur Bezahlung der Ferien besteht nicht, im Gegenteil könnte die ADD auf der Einhaltung der kompletten Vertragslaufzeit bestehen.

Zugunsten Ihrer Planstelle würde ich Ihnen daher raten, das Angebot der ADD anzunehmen.

Sicher im Netz

Für Kinder und Jugendliche gehören Internet und soziale Netzwerke zum Alltag. Wie keine andere Generation sind sie mit Medien ausgestattet. Dennoch mangelt es den meisten an notwendiger Medienkompetenz. Damit sie Mobbing und Datenklau nicht zum Opfer fallen, muss der bewusste Umgang mit dem Internet auch in der Schule gefördert werden.

Im Internet surfen und Spiele spielen gehört für viele Kinder und Jugendliche heute zu den liebsten Freizeitbeschäftigungen. Etwa ab der fünften Schulklasse nutzen Kinder im Internet verstärkt Suchmaschinen wie Google, Videoforen, Musikangebote, TV-Serien sowie soziale Netzwerke wie SchülerVZ und Facebook. Computer und Internet gehören neben den klassischen Medien wie Fernseher und Radio zum Alltag dazu. Die „Digital Natives“, wie diese Generation auch genannt wird, wachsen von klein auf mit Handy und Laptop auf. Eine aktuelle Studie des Medienpädagogischen Forschungsverbunds Südwest zeigt, dass in rund 100 Prozent der Haushalte, in denen 12- bis 19-Jährige leben, ein Mobiltelefon und ein Computer mit Internetzugang vorhanden sind. Rund 70 Prozent der Jungen und Mädchen besitzen einen eigenen Computer und rund 50 Prozent sind mit Internet ausgestattet. Fast alle Jugendlichen haben heute ein eigenes Handy.

Reale Gefahren

Doch die schöne neue Medienwelt hat auch ihre Schattenseiten. Im Frühjahr letzten Jahres sorgte beispielsweise ein Fall aus Berlin für Schlagzeilen: 20 Jugendliche schlugen einen 17-Jährigen zusammen, weil er mit ihnen über die Beleidigungen seiner Freundin im Netz, das so genannte Cybermobbing, reden wollte. Dass solche Fälle keine Ausnahmen sind, bestätigt eine aktuelle Umfrage der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft. Nach den Ergebnissen ist schon knapp jeder Dritte zwischen elf und 20 Jahren Opfer von Lästereien im Netz geworden.

Nach Gabriele Lonz, ehemalige Lehrerin und Koordinatorin des Referats Medienkompetenz im Pädagogischen Landesinstitut Rheinland-Pfalz, sei aus der Medienforschung bekannt, dass Kinder und Jugendliche rein technisch unglaublich gut mit Handy und Internet umgehen können, es ihnen jedoch daran mangelt, die Inhalte kritisch zu filtern. „Sei es ein falscher Klick auf einer Spieleseite, wo sie plötzlich ein Abo haben, sei es, dass sie im Chat nicht darauf achten, ob die Person, mit der sie chatten, wirklich dahintersteckt“, berichtet Lonz. Weil die virtuelle Welt für Kinder und Jugendliche real sei, müssten sie medienkompetent gemacht werden, damit sie kritisch, reflektiert und selbstbewusst in dieser Welt agieren können. Deshalb startete beispielsweise die Berliner Senatsbildungsverwaltung das Programm „Mobbingfreie Schule“, in dem Lehrer, Schüler ab der siebenten Klasse und Eltern auch im Umgang mit Cybermobbing gestärkt werden.

Medienkompetenz vermitteln

Der Erziehungswissenschaftler Horst Niesyto von der Pädagogischen Hochschule in Ludwigsburg und Sprecher der Initiative „Keine Bildung ohne Medien“ kritisiert, dass es zwar bundesweit zahlreiche Projekte und Maßnahmen gibt, um die Medienkompetenz von Lehrern und Schülern zu verbessern, aber die Medienbildung nicht nachhaltig eingesetzt wird. Er fordert die Vermittlung einer umfassenden Medienkompetenz, die nicht in einem einzelnen Fach, sondern in allen Fächern gelehrt wird. Außerdem sollte das Thema in der Lehrerausbildung so verankert sein, dass Lehrer dies auch unterrichten können.

Medienkompetenz beinhaltet viele Aspekte: Das Verstehen medialer Botschaften und ihre Einordnung, das Gestalten und Produzieren medialer Inhalte wie Videoclips, Blogs oder anderer Web-2.0-Anwendungen. Auch die Fähigkeit zur Medienkritik und ein Verständnis der wirtschaftlichen Hintergründe der Medienproduktion zählen dazu. In der Praxis sieht die Vermittlung dessen jedoch meist anders aus. „Medienkompetenz bedeutet für die meisten Lehrer nach wie vor eher nur den Umgang mit beispielsweise Office-Programmen oder schulspezifischen Internetangeboten“, sagt die Medienpädagogin Sabine Schattenfroh. Dabei könne beispielsweise im Fach Deutsch das Thema Chatforen, Chancen und Risiken, besprochen werden, in dem ein passender Jugendroman dazu gelesen und analysiert wird.

Internetführerschein und Medienberater

Zahlreiche Angebote im Internet selbst können dabei helfen, sich im World Wide Web zurechtzufinden, beispielsweise „klicksafe.de“, eine Initiative der Europäischen Union für mehr Sicherheit im Netz. Für Lehrkräfte bietet diese auch das Handbuch „Know-how für junge User, mehr Sicherheit im Umgang mit dem World Wide Web“. Das Familienministerium bietet ebenfalls Informationen und Orientierung für Kinder, Eltern und Pädagogen unter „www.surfen-ohne-risiko.net“. Um besonders die Medienkompetenz der Eltern zu stärken, werden beispielsweise im Rahmen der Initiative Kindermedienland Baden-Württemberg regelmäßig Workshops unter dem Motto „Facebook und Co.“ angeboten. Als Teil des Projekts „101 Schulen“ sollen bis Ende 2012 mindestens 101 medienpädagogische Bildungsveranstaltungen für Eltern, Schüler und Pädagogen vom Landesmedienzentrum durchgeführt werden. Dessen Direktor Wolfgang Kraft geht davon aus, dass die ohnehin schon große Nachfrage nach medienpädagogischer Anleitung aufgrund der hohen Attraktivität der sozialen Netzwerke in Zukunft noch weiter zunehmen wird.

Laut Sabine Schattenfroh helfe beispielsweise in der fünften Klasse auch ein Internetführerscheinprojekt für Eltern und Kinder bei der Orientierung. Zahlreiche Informationen dazu gibt es unter www.internet-abc.de. „An Schulen sollten Fortbildungen, Offenheit und Neugierde gefördert und Kooperationen mit Schülern, Eltern und anderen Schulen vorangetrieben und gepflegt werden“, sagt die Medienpädagogin. Außerdem sollte das Wissen der Schüler genutzt werden, sie könnten beispielsweise in der Oberstufe als ausgebildete „Medienberater“ Schüler der unteren Klassen unterstützen. Damit Kinder und Jugendliche nicht zu Opfern von Cybermobbing werden und den Bezug zur realen Umwelt verlieren, rät Schattenfroh Eltern: „Informationen nutzen, Offenheit und Interesse am Leben meines Kindes zeigen, mich mit anderen, Eltern, Lehrern, Medienexperten, austauschen und jederzeit Ansprechpartner für mein Kind sein und ihm Alternativen zum Bildschirm bieten.“

Aufgrund der wachsenden Bedeutung des Themas rief das Bildungsministerium Rheinland-Pfalz bereits 2007 das Programm „Medienkompetenz macht Schule“ ins Leben. Dadurch werden beispielsweise Lehrkräfte zu Medienschutzberatern und Schüler zu Medienscouts ausgebildet, moderne Informations- und Kommunikationstechnologien stärker in den Unterricht eingebunden und Elterninformationsabende veranstaltet. ■ *Klett-Themendienst*

IN MEMORIAM

Von unseren Mitgliedern sind verstorben:

Im Alter von 85 Jahren
Emilie Föhlinger
Waldstraße 23
76879 Ottersheim

Im Alter von 86 Jahren
Hedi Weis
Haus Nr. 4
54619 Eschfeld

Im Alter von 89 Jahren
Margret Weber
Kapuzinerstraße 32
55116 Mainz

Auflösung des letzten Rätsel aus der RpS 05-2012

DIE FRAGE IST OFT EINE MUTTER DER LUEGE

Z	I	T	R	O	N	E		P	F	L	A	N	Z	E	N	F	R	E	S	S	E	R	
A		E		Z		D	I	E	B			I			E			F		A		O	
S	U	P	P	E		E			I	R	R	E	N		L	A	U	F	S	T	E	G	
T		P	L	A	N	L	O	S		E		T		L	K	W		E		I		G	
E		I		N		W		E		K	R	E	I	D	E			K	E	R	Z	E	
R	E	C	K		G	E	Z	E	I	T	E	N				R	O	T	W	E	I	N	
		H	E			I		W		O		H		S		I			I		E		
G			G	A	N	S		E		R		O	K	T	A	V	E		G	E	L	D	
O	A	S	E			S	A	G	E			S		A	G	A	V	E		F		U	
U	R	A	L				K			L	E	E		U		L	A	N	Z	E		T	
R			N		A		K			A			A			E		D		U		Z	
M	U	T		S	C	H	U	L	A	U	S	F	L	U	G		R	E	H			E	
E		H			H			A		T			P				E				G	N	
T	I	E	R		T	A	N	G	O		S	T	E	C	K	E	N	P	F	E	R	D	
		M			Z			O					N								U		
T	R	A	P	P	E	R		S	T	E	R	N		O	B	E	R	S	T	U	F	E	
A			R		H		D		R			E		R		L	O			R	T	L	
U			I		N		I		O			U		I		F	M			S		O	
S	U	M	M	E			A		J			N		G	U	M	M	I		P		Q	
C			Z				M		A			Z		I		E	E	G		R		U	
H	U	S	A	R		S	A	U	N	A		E	I	N	S	T			F	U	G	E	
E			H		H	A	N	S	E			H		A		E				N		N	
N	E	B	L	I	G		T	A	R	Z	A	N		L	Y	R	I	K		G	U	T	

Infos & Technik

Smartphone-Photos

Die eingebauten Photoapparate in den heutigen Smartphones sind besser als die „normalen“ Digitalkameras vor 15 Jahren! Oft werden die Möglichkeiten aber nicht ausgenutzt. Um schöne Photos zu schießen, sollte man folgende Punkte beachten:

- Die Linse immer sauber halten. Ein Mikrofaser-Putztuch sollte ständiger Begleiter sein!
- Der digitale Zoom der Kamera bringt nicht viel, die Bilder werden meist unschärfer. Deshalb möglichst nicht nutzen! Es gilt der Spruch: „Zoomen sollte man mit den Beinen.“
- Zahlreiche auch kostenlose Apps fügen direkt beim Fotografieren Effekte hinzu. Suchen Sie im Markt Ihres Smartphones nach Apps und testen Sie!
- Je mehr Licht, desto besser das Bild! Gegenlicht sollte vermieden werden, mit den Belichtungseinstellungen experimentieren.
- Auf dem kleinen Display sieht fast jedes Foto gut aus. Machen Sie mehrere Photos von einem Motiv, löschen können Sie später. Die Nachbearbeitung und die Auswahl der Bilder sollte am PC erfolgen!

Lichtfeldkameras

Die nächste Innovation in der Kameratechnik steht kurz bevor – die „Lichtfeldkamera“! Diese Kameras speichern das gesamte Lichtfeld um ein Motiv herum – das Fokussieren ist nicht mehr nötig. Welcher Bereich des aufgenommenen Bildes „scharf“ sein soll, kann später entschieden werden. Für „Schnappschüsse“ ideal! Während normale Kameras immer Zeit benötigen um zu fokussieren, nimmt die Lichtfeldkamera das Bild direkt auf. Als erste Firma will „Lytro“ im ersten Quartal eine Kamera in die Läden bringen, der Preis soll bei knapp 500 € liegen. Vorbestellungen sind in den USA bereits möglich!

www.lichtfeldkamera.net
www.lichtfeldkamera-test.de
www.lytro.com

Virenschutz

Ohne aktuellen Virenschutz haben Schadprogramme leichtes Spiel. Rechner starten nicht mehr, nicht gewählte Seiten im Internet öffnen sich automatisch oder sensible Daten werden übertragen. Doch welcher Schutz reicht aus? Von kostenlos bis 80 € – das Angebot ist groß. Kaufprogramme bieten viel Komfort und umfassenden Schutz. Regelmäßig gut getestet werden z. B. die Angebote von Avira, Kaspersky oder Bitdefender. Das Update auf die meist jährlich erscheinende neue Version wird mit einem Abschlag von ca. 30 % angeboten.

Etwas mehr Arbeit bereiten die kostenlosen Angebote. Neben einem Virenschutz (z. B. Avira) muss z. B. eine Firewall (z. B. ZoneAlarm) und eine Anti-Spy-Software (z. B. Spybot) installiert werden. Regelmäßige Updates sind in jedem Fall Pflicht!

Bild-Tastatur

Sie mögen extravagantes Zubehör? Dann sollten Sie sich die Luxus-Tastatur „Optimus Popularis“ ansehen. Jede Taste enthält ein Mini-Display, in dem Zeichen, Symbole, Bilder oder Filme erscheinen können. So kann die Tastatur komplett individualisiert werden. Der Preis ist allerdings hoch. Beim Hersteller „Art Lebedev“ kann sie für knapp 750 € vorbestellt werden. Günstiger ist die Zusatztastatur „Mini Six“, die sechs frei programmierbare Schnellstarttasten besitzt. Auch hier können eigene Bilder oder Filme auf jede Taste gelegt werden. Der Preis ist mit knapp 250 € aber immer noch hoch!

www.artlebedev.com

Patentkrieg

Das gegenseitige Überziehen mit Patentklagen droht Innovationen zu ersticken! Vor allem kleinere Firmen können kaum noch entwickeln, da bei über 250.000 Patenten allein im Mobilfunk-Markt die Gefahr zu groß ist, dass die Neuentwicklung ein Patent verletzt. Sogenannte Trivial-Patente, wie z. B. das Verschieben von Icons auf einem Display (Apple) oder der Ein-Klick-Einkauf (Amazon) berühren Funktionen, die auf jedem Smartphone oder Tablet-PC enthalten sein müssen. Hoffentlich geht die Entwicklung nicht so weit wie in der Flugzeugindustrie. Dort kam in den USA zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Entwicklung fast zum Erliegen, weil die Gebrüder Wright ein Patent auf eine grundlegende Flugtechnik hielt und alle anderen Firmen verklagte!

Internet am TV

Viele neue Fernseher sind bereits internettauglich. So können z. B. YouTube-Videos, aktuelle Nachrichten oder Internetradiosender auf dem Fernseher ausgegeben werden. Bei älteren Fernsehern bringt diese Möglichkeiten eine Zusatzbox von z. B. Eminent. An den Fernseher und den Router angeschlossen, kommen sofort über 500 Online-Angebote auf den Bildschirm. Das Angebot soll laut Hersteller ständig aktualisiert und erweitert werden. Die einfachste Version der Box (ohne Festplatten-Einschub) kostet ca. 150 €. Eine ähnliche Box bietet z. B. auch Pearl für knapp 70 € an. Zwar ist diese Box mit dem Android-Betriebssystem bestückt, der offizielle Android-Markt ist aber nicht verfügbar. „Apps“ lassen sich nur aus dem Angebot des Anbieters Pearl wählen. Für Apple-Fans gibt es natürlich auch eine Apple-TV-Box, die allerdings an iTunes gebunden ist. Der Preis von knapp 120 € ist für ein Apple-Gerät niedrig!

www.eminent-online.com
www.pearl.de

Brennen ohne PC

Sind Sie es leid, jedes Mal den PC anwerfen zu müssen, um schnell eine DVD zu brennen? Dann ist der neue Plextor PlexEasy PX-650US der richtige Brenner für Sie! Einfach eine Speicherkarte eingesteckt oder eine externe Festplatte angehängt und schon kann eine DVD oder eine CD gebrannt werden. Laut Plextor sollen sich auch Daten von Kameras und Smartphones übertragen lassen, wenn ein bestimmtes Protokoll (PTP) unterstützt wird. Leider ist kein Akku integriert, beim mobilen Brennen ist also eine Steckdose nötig. Die Preis-

empfehlung wird beim Erscheinen im Frühjahr bekannt gegeben.
www.plextor.com

Bumper fürs iPhone

Macke am iPhone? Mit einem Dämpfer, einen „Bumper“ können manche Kitschen vermieden werden. Ein Edel-Dämpfer kommt von Nakatomi. Die Umrahmung ist aus Aluminium, wiegt nur 20 g und sieht edel aus. Der Preis für den „Nakatomi Damper“ ist aber auch nicht niedrig: ca. 65 €! Einfache Plastik-Bumper für das iPhone sind schon ab ca. 4 € zu kaufen.
www.nakatomi.de

Akku-Mythen

1. Bekommen Akkus erst nach mehrmaligem Aufladen ihre volle Kapazität? Nein, Akkus leisten von Beginn an 100 %! Allerdings „lernt“ das Gerät erst die Akkuleistung nach mehreren Aufladungen. Deshalb am Anfang mehrmals leerlaufen lassen und komplett aufladen. Bis das Gerät gelernt hat, schaltet es zu früh ab! 2. Bump-Charching erhöht die Kapazität? Ja, wird nach Aufladen mehrmals das Ladekabel gezogen und sofort wieder eingesteckt, lädt der Akku weiter, bis 115 %! Allerdings schadet diese Methode dem Akku! Auf Dauer verliert der Akku Leistung. 3. Kann man einen Akku nur 1000 x aufladen? Nein, ein Ladezyklus bedeutet jeweils 100 %. Wird also immer bei 50 % aufgeladen, kann man theoretisch 2000 x aufladen! 4. Geräte-Updates können die Akkuleistung erhöhen. Nein, aber durch eine Aktualisierung des Strom-Managements im Gerät kann die Laufleistung erhöht werden.

App-Tipp: WiFi-Finder

Keine Flatrate im Ausland? Hier finden Sie weltweit kostenlose WLAN-Netze! Die komplette Liste mit über 500.000 Zugangspunkten weltweit kann schon vor dem Urlaub gespeichert werden – im heimischen WLAN. So fallen unterwegs keine Kosten an! Die App von „JiWire Inc.“ ist für iPhones und Android-Geräte (für 4.x noch nicht verfügbar) kostenlos.

Internet

Ihr Kind studiert und hat zu wenig Geld? Hier finden Sie Hinweise zur Studienfinanzierung, z. B. zu einem Studentenkredit, einem Job in den Semesterferien oder Möglichkeiten, Geld zu sparen.
www.wegweiser-finanzierung.de

Wo sind Grippemittel günstig? Hier finden Sie die Antwort durch einen Preisvergleich verschiedener Online-Apotheken. Auch Apotheken mit Botendienst in der eigenen Umgebung werden angezeigt – allerdings nur, wenn die Apotheken erfasst sind. Für die Apothekensuche unterwegs ist eine kostenlose App für iPhones und Android-Geräte verfügbar.
www.medizinfuchs.de

Bevor ein Medikament bestellt wird, ist oft ein Arztbesuch nötig. Hier finden Sie Ärzte in Ihrer Umgebung, einige bereits mit Bewertungen!
www.arzt-auskunft.de

Sie essen kein Fleisch oder lehnen alle tierischen Produkte ab? Hier finden Sie Gleichgesinnte und viele vegetarische Rezepte, Tipps und Hinweise.
www.veggiecafe.de

Tipps und Tricks

Outlook-Anhänge

„In der Anlage findet Ihr die Bilder unseres letzten Ausfluges“. Anlage? Fehlanzeige! Das Anhängen wird häufig vergessen, das Microsoft-Add-On „Forgotten Attachment Detector“ für Outlook warnt vor dem Versand. Dazu wird jede Mail nach „Keywords“ untersucht, wie z. B. „siehe Anlage“, „füge ich an“ oder „Anhang“. Die „Keywords“ können selbst bestimmt werden. Download z. B. bei: www.chip.de

Notfall-CD

Ihr Rechner startet nicht mehr? Dann sollten Sie eine Notfall-Start-CD besitzen! Um die CD zu brennen, müssen Sie zunächst ein „Image“ aus dem Internet auf Ihren Rechner speichern. Gut ist z. B. das Angebot von „Kaspersky“. Heruntergeladen wird eine iso-Datei, die im Brennprogramm (z. B. Nero) geöffnet werden kann.
http://support.kaspersky.com/de/viruses

Android: Apps suchen

Ist Ihr Smartphone-Display zu klein zum bequemen Suchen von Apps? Dann suchen und installieren Sie am PC. Sie rufen dazu am Rechner http://market.android.com auf, melden sich unter „Meine Bibliothek“ mit der Mailadresse an, die Sie auch auf Ihrem Smartphone nutzen. Sie sehen sofort, welche Market-Apps installiert sind. Unter „Apps“ können Sie nun stöbern, auswählen, ggf. auch Apps kaufen und installieren. Die Apps werden automatisch auf Ihren Android-Geräten installiert!

Passwörter

Nutzen Sie für alle Zugänge dasselbe Passwort? Wenigstens für sensible Bereiche (z. B. Bank) sollten Sie unterschiedliche Passwörter nutzen und diese nicht auf dem Rechner speichern. Bei anderen Zugängen (z. B. Foren oder Supportseiten) sollte wenigstens regelmäßig das Passwort geändert werden. Falls Sie Firefox nutzen und dort die Passwörter speichern (nur mit Master-Passwort empfehlenswert!), können Sie die Passwortänderung schnell erledigen. Das kostenlose Add-On „Mass Password Reset“ ändert die Passwörter auf einen Rutsch!

Sichere Passwörter

Wenn Sie ein Passwort wählen, sollte es sicher sein! Sicher sind „sinnlose“ Kombinationen aus Buchstaben, Zahlen und Sonderzeichen, z. B. „WsjE2§r5R“. Solche Kennwörter kann sich aber niemand merken! Durch Sätze und Ersetzungen können Sie Passwörter bilden, an die Sie sich erinnern können. So wird z. B. aus „Meine Oma wohnt in Berlin“ „MeOmwoinBe“ Wenn Sie nun noch „e“ durch „$“ ersetzen, haben Sie ein sicheres Passwort: „M$OmwoinB$“.

Vorschau

In der nächsten Ausgabe lesen Sie u. a.:

- Stick-Recycling
- Digitale Schulbücher
- Datenflats

Rückmeldungen erwünscht!
Schicken Sie Anregungen, Wünsche o. Anmerkungen an den Autor:
N.Ristic@gmx.de

... unseren Geburtstagskindern im Juli 2012

zur Vollendung des 70. Lebensjahres:

am 09.07. Albine Koenen, Grawertstr. 26, 54316 Pluwig
am 12.07. Rudolf Sauer, Eichenplatz 5, 67098 Bad Dürkheim
am 19.07. Herbert Marx, St.-Anna-Str. 58, 54295, Trier-Olewig
am 28.07. Mariannne Scheid, Am Wäldchen 1, 56826 Lutzerath
am 29.07. Monika Thielen, Im Bungert 18, 54518 Altrich

zur Vollendung des 71. Lebensjahres:

am 03.07. Lieselotte Kirsch, Hegertumstr. 8, 66996 Erfweiler
am 04.07. Anita Marx, Kreuzgarten Weg 10, 56329 St. Goar
am 07.07. Christine Achenbach, Zeppelinstr. 3, 55411 Bingen
am 07.07. Maria Teschke, Wilhelm-Leuschner-Str. 10, 56076 Koblenz
am 11.07. Hans-Josef, Stuhlträger, Koblenz-Olper-Str. 65, 56170 Bendorf-Sayn
am 17.07. Toni Löcher, Kurfürstenstr. 3, 56218 Mülheim-Kärlich
am 17.07. Hans Salm, Kirchstr. 12, 67482 Freimersheim
am 20.07. Matthias Sohns, Hauptstr. 27, 54597 Habscheid
am 24.07. Hans-Günter, Ellrich, Im Bienengarten 6, 76889 Pleisweiler
am 28.07. Heide Zachris, Im Langenbaar 26, 54587 Lissendorf
am 31.07. Hedwig Weber, Kolpingstr. 29, 56751 Polch

zur Vollendung des 72. Lebensjahres:

am 01.07. Gisela Klapperich, Bahnhofstr. 70, 56745 Weibern
am 07.07. Ignaz Berens, Im Auel 3, 54579 Üxheim-Niederehe
am 16.07. Werner Konrad, Berliner Str. 53, 67360 Lingenfeld
am 20.07. Doris Lange, Alex-Müller-Str. 112, 67657 Kaiserslautern
am 26.07. Kurt Dehe, Blücherstr. 35, 56349 Kaub
am 29.07. Heinz-Peter Wachalski, Am Lichterkopf 37a, 56112 Lahnstein

zur Vollendung des 73. Lebensjahres:

am 08.07. Hermann Gerhardus, Alsenthal 4, 57581 Katzwinkel
am 08.07. Irmgard Hach, Alsheimer Weg 3, 67575 Eich
am 08.07. Elke Schwab, Oberstiftstr. 42, 54338 Schweich
am 11.07. Marlies Klaes, Bergstr. 5, 54550 Daun
am 16.07. Jürgen Werle, Auf Erkelreg 11, 54523 Hetzerath
am 25.07. Rita Burger-Weiter, Friedrich-Ebert-Str. 60, 67346 Speyer
am 26.07. Christel Krötz, Richard-Wagner-Str. 26, 54516 Wittlich
am 29.07. Edgar Gehrlein, Theod. Heuss-Str. 6, 76889 Schweigen

zur Vollendung des 74. Lebensjahres:

am 01.07. Christhilde Feller, Gutenberger Str. 33, 55545 Bad Kreuznach
am 22.07. Rudolf Machowsky, Falkenweg 10, 53489 Sinzig-Westum
am 23.07. Rudolf Quarz, Im Kirschloch 3, 67661 Kaiserslautern
am 26.07. Erika Genetsch, Im Kirchberg 35, 54470 Lieser
am 29.07. Peter Thiel, Feldstr. 29, 54290 Trier
am 31.07. Wolfgang Messer, Stierstr. 8, 56759 Kaisersesch

zur Vollendung des 75. Lebensjahres:

am 04.07. Berthold Heddergott, Weinberg 11, 56651 Niederzissen
am 14.07. Paula Antony, 72, rue Kecker, 5489 Ehnen
am 22.07. Karl-Ernst Christmann, Metteriche Str. 2 a, 54647 Dudeldorf
am 28.07. Hans Schlichting, Katzenbacher Str. 1a, 66879 Niedermohr
am 30.07. Max Longen, Im Leiengarten 11, 54320 Waldrach

zur Vollendung des 76. Lebensjahres:

am 10.07. Herbert Deptowicz, Am Mühlensee 1, 55411 Bingen-
am 15.07. Anna-Maria Schuh, Königsbergerstr. 15, 54516 Wittlich
am 29.07. Georg Klein, Im Eschelchen 16, 56462 Höhn-Quellingen
am 30.07. Gisela Dietrich, Ringstr. 24, 67714 Waldfischbach

zur Vollendung des 77. Lebensjahres:

am 15.07. Heinz Schmidt, Martin-Luther-Str. 8, 57548 Kirchen
am 16.07. Winfried Schultheis, Bottelter 9, 54439 Saarburg
am 28.07. Franz-Josef Kexel, Am Schulplatz 3, 56479 Hellenhahn
am 30.07. Diether Becker, Buchenweg 8, 54497 Morbach

zur Vollendung des 78. Lebensjahres:

am 13.07. Grete Keller, Im Flürchen, 56865 Schauren
am 23.07. Agnes Löcherbach, Brauselaystr. 17, 56812 Cochem
am 24.07. Gertrud Kabanow, Egellstr. 21, 67071 Ludwigshafen
am 29.07. Käthe Jäger, Klucksborn 2, 56653 Glees

zur Vollendung des 81. Lebensjahres:

am 15.07. Paul Leifeld, Spesenrother Weg 22, 56288 Kastellaun
am 24.07. Annerose Schmitt, Leibnizstr. 14, 55118 Mainz

zur Vollendung des 82. Lebensjahres:

am 20.07. Angelika Bügel, Am Heiligenhäuschen 74, 67657 Kaiserslautern
am 26.07. Hans Heinen, Neuenahrer Str. 71, 53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler

zur Vollendung des 85. Lebensjahres:

am 05.07. Hildegard Stoll, Am Schinnergraben 76, 55129 Mainz
am 29.07. Käthe Langner, Koblenzer Str. 41, 54516 Wittlich
am 29.07. Paul Simmet, Gabelsbergerstr. 47, 66482 Zweibrücken

zur Vollendung des 86. Lebensjahres:

am 15.07. Lena Bold, Ringstr. 3, 66919 Weselberg
am 18.07. Berthold Clemens, Zweibrückerstr. 11, 66892 Bruchmühlbach
am 31.07. Jakob Schneider, Kapellenstr. 12, 54675 Mettendorf

zur Vollendung des 87. Lebensjahres:

am 13.07. Heinz Bernatz, Stettiner Str. 5, 67105 Schifferstadt
am 22.07. Josef Meyer, Im Kandel 15, 54429 Schillingen

zur Vollendung des 88. Lebensjahres:

am 17.07. Gerda Zurel-Sieghartner, Lahnstr. 62, 56130 Bad Ems
am 21.07. Theo Berchtold, Franz Fluch Str. 15, 67152 Ruppertsberg
am 29.07. Georg Rehberg, Wiesenweg 14, 57629 Merkelbach

zur Vollendung des 89. Lebensjahres:

am 16.07. Ewald Schotthöfer, Jahnstr. 3, 67165 Waldsee

zur Vollendung des 90. Lebensjahres:

am 27.07. Toni Marsiske, Schulstr. 20, 55444 Dörrebach

Apropos Pflege

Was leistet die Pflegeversicherung wirklich?

Der VBE Rheinland-Pfalz ist seit jeher bemüht, seine Mitglieder in möglichst breiter Form über anstehende Entwicklungen, Veränderungen, Problemen besonders im persönlichen Bereich zu informieren. Da wir stets älter werden, erhöht sich auch die Wahrscheinlichkeit der Pflegebedürftigkeit. Deshalb hat sich der VBE entschlossen, in regionalen Informationsveranstaltungen seine Mitglieder über die beim Eintritt einer Pflegebedürftigkeit entstehenden Probleme – insbesonders über Kosten – zu informieren.

Die 1. Veranstaltung dieser Art fand am 03. Mai 2012 in Koblenz in Anwesenheit von Klaus Keiper, Vertreter der Pensionäre im VBE-Landesvorstand, statt. Herr Banschbach von der ÖDMV Mein Versorgungswerk stellte zusammen mit Herrn Pfeffer, Versicherungsfachmann (BWV) der Münchener-Verein-Versicherungsgruppe die Problematik der Pflegeversicherung vor:

Fragen, wie
– Was versteckt sich hinter dem Wort „Pflege“ ?
– Was bedeuten die Pflegestufen eigentlich?
– Bereiche der Pflege-Einstufungen

Einen breiten Raum nahmen die anfallenden Kosten ein: die Verteilung dieser Kosten auf Pflegeversicherung, Eigenanteil, Beihilfe, eventuelle Verteilung der nicht gedeckten Kosten auf Angehörige, sowohl bei häuslicher wie auch bei stationärer Pflege, aber auch die Möglichkeit der Vorsorge zur Abdeckung der nicht gedeckten Kosten.
Im Anschluss an das Referat kam es zu intensiver Diskussion über dieses Problem. Eines wurde im Laufe dieser Veranstaltung allen Teilnehmern bewusst: Es wäre sehr nützlich gewesen, wenn man diese Informationen schon früher gehabt hätte!

Aus diesem Grunde geht nochmals an die Mitglieder des VBE die dringende Empfehlung, sich rechtzeitig mit diesem Problem zu befassen, u. U. auch entsprechend vorzusorgen.

Hier nochmals die Termine im 2. Halbjahr:
Donnerstag, 13. September 2012, Ludwigshafen, Heinrich-Pesch-Haus, Frankentaler Str. 229, 67059 Ludwigshafen
Donnerstag, 20. September 2012, Neustadt, Neustadter Brauhaus, Martin-Luther-Str. 60, 67433 Neustadt
Donnerstag, 27. September 2012, Kaiserslautern, Hotel am Rathaus, Burgherrenstr. 99, 67661 Kaiserslautern
Zeit: jeweils 16:00 Uhr bis 18:00 Uhr

(Bitte beachten: In der RpS Nr. 4, Seite 15, VBE-Fortbildungsangebot ist ein Druckfehler: Falsch: Donnerstag, den 26. September, sondern richtig: Donnerstag, den 27. September!)

Anmeldung bitte an VBE Rheinland-Pfalz, Adam-Karillon-Str. 62,
Tel: 06131 616422, Fax 06131 616425, E-Mail info@vbe-rp.de

■ *K. Keiper*

Mitgliederversammlung im Kreisverband Bernkastel-Wittlich

Bereits Ende März fand die turnusmäßige Mitgliederversammlung des KV Bernkastel-Wittlich in Wittlich statt.

Im Rahmen dieser Versammlung wurden 17 Mitglieder für 25 Jahre, 10 für 40 Jahre, 8 für 50 Jahre und ein Mitglied für 60 Jahre Zugehörigkeit zum Verband geehrt. Die Kreis- und der Landesvorsitzende gratulierten den Mitgliedern und dankten ihnen für ihre Treue zum Verband und die Unterstützung seiner Arbeit.

Die Gruppe der für 25-, 40-, 50-, sogar 60-jährige Mitgliedschaft im VBE Geehrten im Gasthaus Daus in Wittlich mit dem VBE Landesvorsitzenden Johannes Müller

Es folgten der Bericht der Kreisvorsitzenden zu den Themenschwerpunkten der Vorstandsarbeit in den vergangenen 3 Jahren und der Bericht des Geschäftsführers. Bei Stimmenthaltung der Betroffenen wurde dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt. Im Anschluss erfolgte die Neu- bzw. Wiederwahl des Kreisvorstandes. Ihm gehören an:

Rosemarie Manstein, Vorsitzende, Maria Pritzen, Stellvertreterin, Matthias Richter, Geschäftsführer, Hermann Josef Hebler, Vertreter der Pensionärinnen und Pensionäre, und Tanja Teusch und Elisabeth Kunsmann als Beisitzerinnen. Der Landesvorsitzende dankte dem bisherigen und neuen Kreisvorstand für seine Arbeit und die Bereitschaft, auch in den nächsten drei Jahren für den Verband arbeiten zu wollen.

Im anschließenden Tagesordnungspunkt erläuterte Johannes Müller die Position des VBE zu einigen bildungs- und gewerkschaftspolitischen Themen. Hierzu gehörten u. a. die Erfahrungen mit den Verbalzeugnissen an den Grundschulen, die Besoldung der Schulleiter/-innen und der Lehrkräfte an den RS+ und IGS, der Einsatz von Lehrkräften, Inklusion und der hohe Verwaltungsaufwand bei der Schulbuchausleihe.

■ *R. Manstein*

Einstige Tuchmacherstadt Lambrecht

KV Ludwigshafen/Frankenthal. Am 25.04.2012 besuchten Mitglieder des KV Ludwigshafen/Frankenthal die einstige Tuchmacherstadt Lambrecht. Zunächst erhielt die Gruppe im Bürgermeisteramt einen Überblick über die heutige Verbandsgemeinde und über die geschichtliche Entwicklung. Die Verbandsgemeinde umfasst sieben Ortschaften, die bis zu dreißig Kilometer auseinanderliegen. Die Stadt Lambrecht entwickelte sich aus den beiden Flecken St. Lambrecht mit seinem ehemaligen Männer-, dann Frauenkloster und dem Flecken Grevenhausen. Die Tuchmachertradition, die zum Namen Tuchmacherstadt führte, wurde von den angesiedelten Wallonen nach Lambrecht gebracht; heute existieren noch Mühlen, die gesamte Produktion aber ist in „Billigländer“ verlagert. Das Stadtbild ist deshalb geprägt von einigen auffälligen Villen der wenigen Reichen aus dieser Produktionszeit und vielen schlichten Häusern der ehemaligen Arbeiter. Zweitausend Arbeitsplätze gingen verloren, da auch die Papierindustrie verlagert wurde. Der Jägerturm und die ehemalige Klosterkirche bildeten die Höhepunkte bei der Stadtführung.

Bei der Größe der Verbandsgemeinde gibt es natürlich viele Probleme, ob nun die schulische Versorgung oder die verkehrstechnische Anbindung, überall fehlen die Gelder. Dennoch beeindruckend war die Stadtführung durch den Kollegen Greb. Dieses Tal ist immer einen Besuch wert.

Mit einem gemeinsamen Essen endete der Besuch.

■ *K.-J. Klöffer*

Horst Kraemer

Soforthilfe bei Stress und Burn-out

Paperback, Broschur, 144 Seiten, 13,5 x 21,5 cm, Verlag: Kösel
ISBN: 978-3-466-30955-9
Preis: EUR 14,99

„Es gibt keinen Grund, dass jemand länger als fünf Tage wegen eines Burn-outs außer seiner Kraft bleibt.“ Dieses Versprechen, das Horst Kraemer in seinen Coachings schon vielmals bestätigen konnte, löst der Autor in diesem Selbsthilfebuch praktisch ein. Er zeigt zunächst, wie sich Stress individuell auswirkt, und stellt dann viele praktische Übungen und Techniken vor, eigene Stress erzeugende Verhaltensweisen zu erkennen und persönliche Auswege aus Stresssituationen zu finden.

Eine zentrale Rolle spielt dabei die von Horst Kraemer entwickelte Methode Neuroimagination, die der Autor an konkreten Beispielen erläutert. Er zeigt, dass diese Methode vielseitig eingesetzt werden kann: zum Beispiel, um vorhandene innere Ressourcen zu nutzen, blockierte Energien wieder in Fluss zu bringen oder neue Ziele zu finden und zu erreichen. Viele praktische und alltagstaugliche Übungen und Anleitungen helfen dabei, die eigene Balance wiederzufinden, aus dem Burn-out-Kreislauf auszusteigen und dauerhaft gesund zu bleiben.

Aus dem Inhalt:

- Burn-out besiegen
- Coaching mit Neuroimagination
- Konkrete Strategien zur Vorbeugung
- Neue Energie in wenigen Tagen

Susanne Geiger, Maria Stein

Materialien zum jahrgangsübergreifenden Lernen

Mathematische Kompetenzen fördern, 1./2. Schuljahr

Oldenbourg Kopiervorlagen
172 56 Seiten, 1-seitig bedruckt, mit veränderbaren Kopiervorlagen auf CD-ROM, im Heftordner
ISBN: 978-3-637-01606-4
Preis: EUR 19,95

Sie unterrichten Mathematik jahrgangsübergreifend in den Klassen 1/2? Durch vielfach erprobte Praxisbeispiele schafft der vorliegende Band mathematisches Verständnis in Ihrer Eingangsklasse. Bewährte Ideen für gemeinsame Unterrichtssituationen schulen Zahlenverständnis, Grundrechenarten, Orientierungsvermögen in Raum und Ebene und Vorstellungen über Größen. Nebenbei lernen die Schüler/-innen, wo Mathematik und deren Anwendung und Bedeutung im täglichen Leben eine Rolle spielt.

Ursula Eller / Wendelin Grimm

Jedem Kind gerecht werden

Individuelle Lernpläne für Kinder
Grundlagen, Ideen und Verfahren für die Grundschule. Mit Kopiervorlagen

2., überarbeitete und aktualisierte Auflage 2012, 127 Seiten,
Broschiert, Beltz Praxis
ISBN: 978-3-407-62814-5
Preis: EUR 24,95

In keiner Schulstufe oder Schulform ist die Heterogenität so groß wie in der Grundschule. Noch gelingt es jedoch nicht zufriedenstellend, jedes Kind entsprechend seiner Potenziale zu fördern. Besonders benachteiligt sind Kinder mit Lernschwächen, Teilleistungsschwächen und leistungsstarke Kinder. Hier helfen individuelle Lernpläne.

Monika Myway

Die Rosenernte

Einband: Taschenbuch (Softcover)
Seiten: 400, Bernadus-Verlag
ISBN: 978-3-8107-9305-8

In „Die Rosenernte“ schreibt Monika Myway über die Wege der Menschen zum christlichen Glauben. In klarer Sprache und mit tiefer Sachkenntnis berichtet sie von ihrem eigenen Weg zu Gott und wie sie, als Religionslehrerin, Schulkindern Gottes Wort nahebrachte. Das Vorwort schrieb ein alter und über die Jahre mit ihr verbunden gebliebener ehemaliger Schüler, der die Priesterweihe im gleichen Jahr erhielt, in dem Monika Myway ihr Erstlingswerk im Bernardus-Verlag veröffentlichte.

Zur Autorin: Monika Myway ist pensionierte Religionslehrerin für Haupt- und Grundschüler i. R. Sie unterrichtete auch viele Jahre im Rahmen einer Religions-AG. Weiter unterrichtete sie im Rahmen der Ganztagsschule die Kommunionkinder auf ihrem Weg zur Erstkommunion. Dies ist für Monika Myway ganz besonders wichtig und im Rahmen der Ganztagsschule außerordentlich sinnvoll. Ebenso machte sie in Glaubensgesprächskreisen an der Hauptschule auch mit schwierigen Schülern die Erfahrung, dass in kleinen Gruppen auch Glaubens- und Lebensfragen erörtert werden können.

Wer oder was ist eigentlich eine ...

Delegiertenversammlung?

Parteitage sind Schmelztiegel der Meinungen und Initiativen einer Partei. In Berufsverbänden ist das nicht anders. Dort sind es Gewerkschaftstage oder Delegiertenversammlungen, die über Programm, Kurs und Mannschaft entscheiden. Wie jetzt beim VBE Rheinland-Pfalz.

Bei der Delegiertenversammlung kommen die Vertreterinnen und Vertreter der VBE-Kreisverbände aus allen Landesteilen, die Mitglieder des Landesvorstandes und die Bereichsleiter zu einem Parlament zusammen. In diesem Jahr sind es

Mr. Delegiertenversammlung: Helmut Möhn

am 01. und 02. Juni in Mainz knapp 150 Kolleginnen und Kollegen. Die Beratung, Diskussion und Beschlussfassung der vorliegenden Anträge entscheidet über den Kurs des VBE Rheinland-Pfalz.

Und das kann schon mal lebhaft werden. Denn der VBE versteht sich nicht nur als Interessenvertretung seiner Mitglieder. Er will auch Schulpolitik mitgestalten: Bildung im gesellschaftspolitischen Kontext. Impulsgeber sind dafür nicht zuletzt die Delegiertenversammlungen.

Ein gutes Beispiel ist jene des Jahres 2007. Ihr Schwerpunkt war die Schulstrukturreform. Der VBE beriet über sein Modell einer profilorientierten Sekundarschule in einer zweigliedrigen Schulstruktur. Noch im Herbst des gleichen Jahres stellte die Landesregierung ihre Pläne für die Schulstrukturreform vor. Nicht als Blaupause der VBE-Vorstellungen, das liegt in der Natur der Demokratie. Diese lebt vom Kompromiss. Delegiertenversammlungen formulieren den Anspruch – die Wirklichkeit fällt zuweilen anders aus.

Bei Delegiertenversammlungen geht es auch um Wahlen: Wer führt den VBE und wer trägt – nach innen wie nach außen – unmittelbare Verantwortung für ihn? Für viele Delegierten ist das - dramaturgisch betrachtet – das Kapitel mit den größten Spannungsmomenten.

Vergessen werdenbei solchen Personaldebatten häufig jene, die als von der Delegiertenversammlung eigens bestimmtes Tagungspräsidium dafür sorgen müssen, dass alles seinen (auf-)rechten Gang geht, die Satzung unter dem Arm, die Uhr im Blick und Verhandlungsgeschick auf der Zunge. Ein Kollege, der dies über viele Delegiertenversammlungen geradezu meisterlich verstand, war Helmut Möhn. Als Tagungspräsident ist er im VBE Rheinland-Pfalz Legende.

Die Delegiertenversammlung 2012 hat das Zeug dazu, in die Geschichte des VBE einzugehen. In ihrem thematischen Zentrum steht die Forderung nach mehr sozialer Gerechtigkeit unter den Kolleginnen und Kollegen aller Schulformen. Mehr Gerechtigkeit wa(a)gen – die Politik wird nicht umhin kommen, in diese Richtung zu gehen. Das zeichnet sich jetzt schon ab.

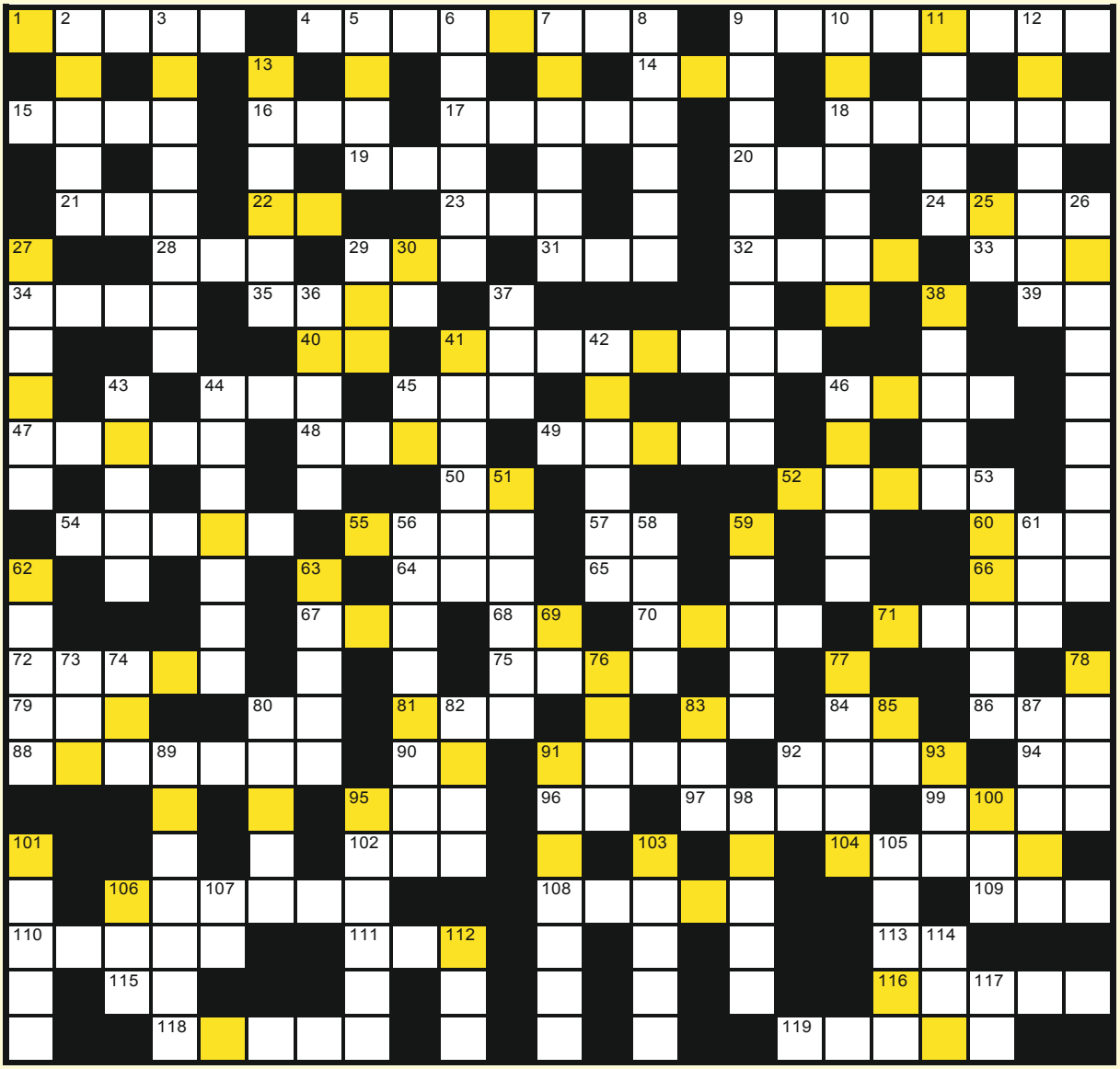
■ *br*

Das große „wirklich not easy“-Rätsel.

Der Lösungssatz (= gelbe Felder, absteigend von links nach rechts gelesen) ist ein Zitat von Johann Wolfgang von Goethe. Viel Glück wünscht Ihre Redaktion!

Waagerecht:

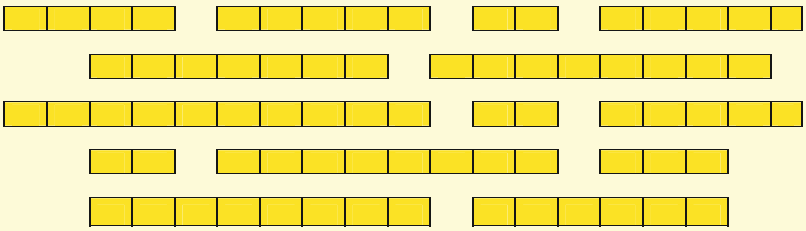
1 Deren Taille ist echt schmal.
4 Toter als tot
9 Rainy day
14 Frau vom Ex-Oberbeatle (Nachn.)
15 Strawinski, der alte Knabe (Vorname)
16 Österreichischer Rundfunk, (Küss die Hand, Frau Geheimrat)
17 Sagt der englische Schüler, wenn er das Lineal meint
18 Volk im Himalaya, trägt Rucksacktouristen oft das Gepäck nach oben
19 Dieser Vogel kann nicht fliegen.
20 Nomen ? omen
21 Local Aera Network, haben Sie bestimmt auch zu Hause
22 Da, da , da
23 Never
24 Achtungswürdigkeit einer Person
28 Der einzige Vogel, der nie ausstirbt, weil er in der Tube lebt
29 Ziemlich schmal
31 Internat. KFZ-Kennz. an Putins Auto
32 Wenn ein Mann den von einer Frau bekommt, ist Schluss mit lustig
33 Gehen wir zu 95 waager. – oder zu ?
34 3 senkrecht ist eine
35 Für immer
39 Chem. Element Neodym (Abk.)
40 Europ. Norm
41 Wildes Tier, kämpft immer mit dem Kasper
44 Der macht die Musik.
45 Ohne Moos nix los
46 Was machst du mit dem ? lieber Hans?
47 Stubentiger
48 Geistige Vorstellung
49 Macht 119 waager.
50 Dauerauftrag
52 Den sollte man auf den Kopf treffen.
54 Vogel, der auf Wappen lebt
55 Frau
57 Landkreis Elbe-Elster
60 Iller, Lech, Isar, ? fließen rechts zu Donau hin.
64 Schreiben Sie einfach: NTI
65 Nomen nominat
66 Stadt in der Schweiz, am besten mit der Bahn zu erreichen
67 Wenn man sich traut, etwas zu wagen
68 Typischer Laut in der engl. Sprache
70 Brettspiel – nicht nur für Frauen
71 Wer zu viel davon trinkt, sollte am nächsten Morgen schon mal 12 senkr. nehmen.
72 Hier zahlt man mit Zloty.
75 Wer da drin ist, braucht keine Steuererklärung mehr zu machen.
79 Kleiner Spaß
80 Meines Erachtens
81 Hier kommt Ton rein und andere Seite kommt Ton wieder raus.
83 Jedes 44. senkrecht hat eine.
84 Netzmäßig anwesend
86 Zur besonderen Verfügung
88 Heißt heute meist Arena
90 Siebzehnter Buchstabe des hebräischen Alphabets
91 61 senkr. als Kabarettist
92 Gewürz
94 Oberarzt
95 Russische Raumstation
96 Ammoniumnitrat
97 Früherer Name des Konrad-Adenauer-Flughafens
99 Würde man 24 waager. vorne mit Ä schreiben, könnte man DAS daraus machen.
102 Wenn’s bei uns 11 Uhr ist, ist es nach DER schon später.



104 Stadt mit der Vorwahl 0201
106 ? ist Macht. Ich weiß nix. Macht nix.
108 Atmen = Luft?
109 Abschnitt auf der DNA
110 Da singen zwei zusammen.
111 Das Runde muss da rein.
113 Nanofarad, – ne, hat nix mit nem Drahtesel zu tun
115 Boot von Thor Heyerdahl
116 Der ist dem Genitiv sein Tod.
118 Zustand, wenn auf den Topf doch kein Deckel passte
119 Heißt mit Nachnamen Maya

Senkrecht:

2 Mit nem B davor gibt's genug auf dieser Welt.
3 Ziemlich harte Nuss
5 Bei manchem Schüler denkt man: DER ist schlauer!
6 Den hat manch einer in der Schüssel.
7 Beim Essen praktisch unverzichtbar, außer bei Junk-Food.
8 Das sollte ein Fußballspiel nie sein
9 Das bittere Ende vom Honeymoon
10 24 Stunden zurück
11 Komisch, dass man von allen Losen immer die zieht
12 Wer zu viel 71 waager. getrunken hat, sollte danach besser das nehmen.
13 Fleisch rein, Fleisch raus, fertig ist der Gaumenschmaus.
25 Wer Japaner mit riesigen Fotoapparaten sehen will, muss in diese Stadt fahren (KFZ-Kennz.).
26 Beträgt so ca. 40.000 km
27 Meist nervige Tiergattung



29 Es gibt nur ? Rudi Völler.
30 Das Milliardstel eines Gramms
36 Nicht viel
37 S. 45 waager.
38 Wer eine von Stradivari hat, hat Glück.
41 Der Dispo-? ist der gefährlichste von allen.
42 Der Gordische ? war nicht einfach zu lösen.
43 Tokyo ist vermutlich die größte der Welt.
44 Wer hat keins? Manche haben 2 oder mehr.
45 So kann man ä auch schreiben.
46 So rief Wowereits Mutter ihren Sohn zum Abendessen.
51 Immer noch beliebtester Schulabschluss
53 James Bond hatte die zum Töten.
56 Informationsmangel, also praktisch Schüler-Dauerzustand
58 Das DICKE kommt immer zum Schluss.
59 Wenn alles DA drin ist, war alles vergeblich.
61 Only
62 Homo homini ?
63 Otto-Stadt
69 Hessischer Rundfunk
73 Oberleutnant
74 Arbeiten hier eigentlich die Kommissare vom Tatort?
76 5. Wurzel 59.049
77 Heizstrahler zum Nulltarif
78 Nicht rund, nicht eckig
80 Früheres KFZ-Kennz. : MO
82 Ziemlich wichtiges Körperorgan
83 Bundesland mit den meisten Menschen
85 Nickel
87 Wenn die im Wilden Westen blau war, gab's oft Tote.
89 Moderne Schwester von analog
91 Tier mit markanter Nase
92 Physikalische Einheit für die elektrische Ladung
93 Fliegt allein in Deutschland über 40 Milliarden mal im Jahr durch die Luft.
95 Blöder Tag – na , jedenfalls für viele
98 Die Doris aus Mainz schon wieder
100 Gehirnstrommessung
101 Hing bei Loriot an der Nase
103 Spaßmacher
105 Unbemannter Flugkörper
106 Wer ist richtig!
107 Namenszusatz zu Pauli
112 Heißt mit Vornamen CD
114 Wer ein Star ist, braucht ihn.
117 Tessin

■ *kfs*

VORSICHT GLOSSE

Ich bin Lehrer – holt mich hier raus!

Endlich ist es wieder so weit, die nächste Dschungelcamp-Sendung steht uns bevor. Aber diesmal mit einem besonderen Knüller: Die Teilnehmer der vergangenen Sendungen waren fast ausschließlich Weicheier und Warmduscher, die bei der kleinsten seelischen Belastung ausrasteten, Weinkrämpfe bekamen und dabei nach ihrer Mama riefen. Jetzt will der Sender auf Nummer sicher gehen und spricht deshalb nur diejenigen an, die bekanntermaßen zu den härtesten Menschen unserer Gesellschaft gehören – bei denen man sich sicher sein kann, dass sie allen Foltermethoden und Grausamkeiten widerstehen werden: unsere Lehrerinnen und Lehrer.

Die Zeit, in der man auf Z-Promis zurückgreifen musste, die bereit waren, sich für den Dschungel-Wettbewerb lächerlich zu machen, indem sie irgendetwas Schreckliches vom Känguru aßen, ist endlich vorbei. Auch Green Peace hatte sich beschwert, weil viele Tiere aus dem Urwald anschließend in psychologische Betreuung mussten, weil sie verschiedene Personen nackt gesehen hatten. Ab der kommenden Staffel soll der Ort des Geschehens deshalb nicht mehr der australische Dschungel, sondern ein deutsches Klassenzimmer sein. Vor den Augen der Öffentlichkeit wird man hier ausgesuchte Pädagogen den stärksten psychischen Belastungen aussetzen, die ein Mensch überhaupt ertragen kann: dem Unterrichten vor Halbwüchsigen und kleinen Monstern.

Bildnachweis: paulepei/pixelio.de

Ich bin Lehrer – holt mich hier raus! *Bewerben Sie sich doch mit einem sympathischen Foto zusammen mit Ihrem Partner: das verdoppelt die Chancen auf einen Sieg!*

Bewerbungsvoraussetzungen:

- 1.und 2. Staatsexamen (kann auch gefälscht sein)
- Alter: 35- 60 Jahre (über 60 Jahre nur S1 und Z4) – Bitte ärztliche Bescheinigung von Dr. Bob beilegen! S1= Selbstfahrer: Der Kandidat kann noch ohne lästige Infusionsschläuche oder Beatmungsgerät mit seinem Rollator und ohne fremde Hilfe in jeden Klassenraum. Z 4 = Zeitfaktor 4: Der Kandidat kann 4 Stunden Unterricht halten, ohne zwischendurch seine Tabletten einnehmen zu müssen.
- Lehrerfahrung: mindestens 5 Jahre, Lehrer von Brennpunktschulen mit Herzschrittmacher und kurz vor dem Burn-out-Syndrom werden bevorzugt genommen; das Gleiche gilt für Kollegen/-innen mit Nahtoderfahrung während Vertretungsstunden.

Das Grundkonzept der Sendung bleibt unverändert: An jedem Tag muss ein Kandidat eine Aufgabe bestehen, die meist Ekel und Abscheu hervorruft. Reichte hier früher das Übernachten in einem Kakerlakensarg oder der Verzehr von fettigen deutschen Eisbeinen, besteht jetzt die Prüfung z. B. darin, eine Deutsch-Klassenarbeit von einer Abitur-Klasse, die jeweils zur Hälfte aus Analphabeten und Legasthenikern besteht, in einer Stunde zu korrigieren – oder die Lehrertoiletten zu säubern.

Der Kandidat muss während der Prüfung Sterne sammeln, die die Essensrationen im Camp erhöhen. Da Lehrer bekanntlich immer Hunger haben und alles aufessen, was unbeaufsichtigt im Lehrerzimmer rumliegt, ist die Erwartungshaltung der übrigen Camp-Teilnehmer ausgesprochen hoch. Jede Aufgabe kann mit dem Ausruf: **„Ich bin Lehrer – holt mich hier raus!“** abgebrochen werden, wodurch der Kandidat allerdings dann aber seine Planstelle und seine Versorgungsbezüge verlieren würde.

Als Preis für den Klassen-König winkt ein Sonderpreis der ADD: die vorzeitige Versetzung in den Ruhestand mit vollen Bezügen!

Also, auf was warten Sie noch? Ran an den Dreck, äh-Speck. Bewerbungen bitte direkt an die Redaktion, die diese dann an den Sender weiterleitet!

■ *kfs*